

# David's Kieselsteine

von Andreas Tasche

## Wetterleuchten in Neudietendorf

„Die Gestalt von Himmel und Erde könnt ihr deuten. Wieso könnt ihr dann die Zeichen der Zeit nicht deuten?“ (Jesus nach Lukas 12,56).

Als wäre es gestern gewesen, erinnere ich mich eines merkwürdigen, mir bis heute rätselhaften Gespräches, bei dem ein Staatsvertreter aus Erfurt am 27. März 1989 mir gegenüber ganz offen von der baldigen deutschen Wiedervereinigung sprach – und das mehr als ein halbes Jahr vor dem Sturz *Erich Honeckers*<sup>1)</sup> am 18. Oktober 1989 und dem Fall der „*Mauer*“ am 9. November 1989, als noch keine DDR-Bürger und -Bürgerinnen durch winzige Löcher im „*Eisernen Vorhang*“<sup>2)</sup> krochen und als es noch keine Botschaftsflüchtlinge<sup>3</sup> und noch kein *Neues Forum*<sup>4</sup> gab und als noch nicht einmal die westlichen Geheimdienste<sup>5</sup> das wahre Ausmaß der Brüchigkeit des SED-Regimes<sup>6</sup> kannten.

Das Gespräch ereignete sich im mittelhüringischen *Neudietendorf*, einer Siedlung der *Herrnhuter Brüdergemeine*, in meinem Amtszimmer am frühen

- 
- 1 Ab 1971 Erster Sekretär bzw. Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und damit mächtigster Politiker der DDR, zuvor unter anderem FDJ-Vorsitzender. Gestürzt am 18. Oktober 1989.
  - 2 Bezeichnung für die verkehrstechnische und allgemein technische, aber auch politische, ökonomische und emotionale Trennung zwischen Ost und West im Zeitalter des Kalten Krieges.
  - 3 Im Sommer und Herbst 1989 hatten sich insgesamt 12.000 DDR-Bürger auf das Gelände der Botschaften der BRD in Warschau und Prag geflüchtet, womit sie schließlich ihre Ausreise in den Westen erzwangen. Hunderte DDR-Bürger weilten in den BRD-Botschaften anderer Ostblock-Staaten.
  - 4 Gegründet am 10. September 1989 von 30 ostdeutschen Bürgerrechtlern und Bürgerrechtlerinnen. Erste landesweite Oppositionsbewegung in der DDR außerhalb der Kirchen, wichtigste Bürgerbewegung in der Wendezeit. Den Aufruf des Neuen Forums hatten bis Ende 1989 etwa 200.000 Menschen unterschrieben. Zusammen mit drei anderen DDR-Oppositionsbewegungen 1990 im Bündnis 90 aufgegangen.
  - 5 In den freigegebenen BND-Dokumenten heißt es am 8. September 1989, ein großer Teil der DDR-Bevölkerung begegne dem SED-Regime loyal bzw. resignativ oder akzeptiere es zumindest. Unter dem 10. November 1989 ist zu lesen, die Maueröffnung in der Nacht zuvor müsse als bisher radikalster Schritt von Honeckers Nachfolger Egon Krenz gewertet werden. Robert Gates, damals stellvertretender CIA-Direktor, bekannte später: „Die amerikanische Regierung, einschließlich der CIA, hatte im Januar 1989 keine Ahnung, dass bald eine Flutwelle der Geschichte über uns hereinbrechen würde. Wir wurden genauso überrascht wie der Rest der Welt“.
  - 6 Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, hervorgegangen 1946 aus dem Zwangs-Zusammenschluss von KPD und SPD, eine kommunistische Kader- und Staatspartei, deren Führungs- und Machtanspruch in der Verfassung der DDR festgeschrieben war. Sie übte de facto eine Diktatur aus, da sie sich nach und nach alle Verfassungsorgane und auch die Medien unterworfen hatte.

Ostermontag-Nachmittag. Dem Gespräch um zwei Stunden vorausgegangen war eine für alle Augen- und Ohrenzeugen höchst gruselige Begebenheit. Eine Kolonne brauner, verschmutzter sowjetischer Panzer hatte sich in der Ortslage Neudietendorf entweder auf der Rückfahrt von einem Manöver bei *Ohrdruf*<sup>7</sup> oder nach dem Verlassen einer Laderampe an der nahen Bahnstrecke Erfurt – Gotha verfahren. Die Kolonne bretterte durch die relativ schmale Kirchstraße von oben nach unten. Die Motoren und die Ketten der Panzer dröhnten – und das ausgerechnet in der Zeit der Mittagsruhe. Als ich vor die Tür des großen Pfarrhauses trat, bogen die letzten drei Panzer unten an der Straße gerade rechts um die Ecke in Richtung des Nachbardorfes *Apfelstädt*. Einer der Panzer hatte jedoch Spuren hinterlassen, genauer gesagt, er hatte drei ziemlich erhebliche Schäden verursacht. Er war (wegen Übermüdung seines Fahrers?) von der Straße abgekommen und hatte einen Teil des Treppenedestes vor der Kirchentür an der sogenannten „Brüderseite“ zermalmt. Auch das schmiedeeiserne Geländer war außer Form geraten. Einen geringeren Schaden gab es in zweieinhalb Meter Höhe am Außenputz der Kirche. Dieser ging auf eine unsanfte Berührung mit dem Geschützrohr des vierten Panzers zurück. Nur Besoffene führen mit dem Geschützrohr nach vorn, erklärte mir Unwissendem ein des Panzerfahrens offenbar kundiger Nachbar.

Im Nu war ein 100 Meter weiter wohnender Kirchenältester an meiner Seite. Er meinte, der Schaden müsse unbedingt gemeldet werden. Aus eigenem Antrieb hätte ich den Versuch, „*die Russen*“ für das angerichtete Unheil



Das Amtszimmer im Neudietendorfer Pfarrhaus 1988; Fotografie, Privatbesitz des Autors

7 Thüringische Kleinstadt bei Gotha. In der Nähe von Ohrdurf befand sich schon im 19. Jahrhundert ein 8,5 mal 11,5 km großer Truppenübungsplatz, der 2011 vollständig geschlossen wurde.



Der Autor zur Wendezeit;  
Fotografie, Privatbesitz  
des Autors

haftbar zu machen, wohl nicht gewagt. Wenig später saß ich am Telefon und informierte einen Diensthabenden beim *Rat des Kreises*<sup>8</sup> in Erfurt über den sonderbaren Vorfall. Und noch einmal etwas später tauchte ein relativ junger Mann im Pfarrhaus auf, der sich als bewusstes Mitglied der CDU (und eben nicht der SED!) und als derjenige vorstellte, der an diesem Sonntag zufällig in der Behörde Dienst tun müsste. Leider weiß ich seinen Namen nicht mehr. Er notierte und fotografierte pflichtgemäß das, was in der Kirchstraße vorgefallen bzw. am Kirchengebäude beschädigt war. Anschließend lud ich ihn auf eine Tasse Kaffee in mein Büro ein und wir redeten über Gott und die Welt, wobei er immer wieder seine Nähe zur Kirche bekundete. Ich vermied in diesem Gespräch – wie ich es gelernt hatte – jedwede Vertraulichkeit, schließlich saß mir ein Vertreter desjenigen Staates gegenüber, der nicht gerade dafür bekannt war, dass er es gut mit Christinnen und Christen meinte. Und dann fiel der Satz, den ich nie vergessen werde, weil er bei mir größte Verdutztheit bewirkte: „*Wissen Sie eigentlich, Herr Tasche, dass die DDR<sup>9</sup> wirtschaftlich total am Ende ist? Selbst in den höchsten SED-Kreisen wird schon davon geredet, dass unsere einzige Rettung die deutsche Wiedervereinigung sei*“.

Wie sollte ich darauf reagieren? Wollte der Diensthabende mir einen Strick drehen und mich zu einer unbedachten Äußerung verleiten? Die Wiedervereinigung Deutschlands war für den SED-Staat doch schon seit Jahrzehnten kein politisches Ziel mehr. Die an sich sehr schöne DDR-Nationalhymne<sup>10</sup>, die in Strophe 1 ein „*einig Vaterland*“ pries und in Strophe 2 „*Deutschland, unserm*

8 Die Räte der Kreise waren in den 189 Landkreisen der DDR die Exekutive der jeweiligen Kreistage. Ihnen entsprechen heute die Landratsämter bzw. Kreisverwaltungen.

9 Deutsche Demokratische Republik, gegründet am 7. Oktober 1949 auf dem Gebiet der vorherigen Sowjetischen Besatzungszone wenige Monate nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Die DDR existierte zusammen mit der selbstständigen politischen Einheit Ost-Berlin knapp 41 Jahre lang.

10 Der 1949 entstandene Text der Nationalhymne der DDR, beginnend mit den charakteristischen Worten „*Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt*“, war ein Auftragswerk der Staatsführung und stammt von Johannes R. Becher. Die Musik dazu hat Hanns Eisler geschaffen.

*Vaterland*“, alles Glück dieser Welt wünschte, durfte auf Anordnung der Regierung schon seit 18 Jahren nicht mehr gesungen, sondern nur noch gespielt werden. Oder wollte der Diensthabende mit mir, einem zur Verschwiegenheit verpflichteten Pfarrer, der ihm ganz offensichtlich sogar sympathisch war, über Dinge reden, die ihn beschwerten? Ich fand in der Kürze der Zeit keine klare Antwort. Nachdem meine Kinnlade wieder hochgefahren war, äußerte ich ein paar banale Sätze und komplimentierte den jungen Mann dankend hinaus. Deutsche Wiedervereinigung! So ein Stuss!

Und nur acht Monate später hielt der 59-jährige *Helmut Kohl* (CDU) – damals als Bundeskanzler selbst in den eigenen Reihen<sup>11</sup> höchst umstritten – am 19. Dezember 1989 vor der schwarzen Ruine der Dresdner Frauenkirche, bejubelt von zehntausenden euphorisierten Menschen und eingetaucht in ein wogendes, schwarz-rot-goldenes Fahnenmeer, eine Rede, die viele für die wichtigste Rede seiner 16-jährigen Kanzlerschaft halten. Schon die ersten drei Worte des genialen Instinkt-Politikers waren für die tobenden Massen, die vom Sozialismus die Nase voll hatten und ihm keine zweite Chance mehr zubilligen wollten, eine Verheißung: „*Meine lieben Landsleute!*“ – knapp fünf Minuten später schloss der Wahlkämpfer Helmut Kohl seine mit Leidenschaft vorgetragene Rede, für die er sich zuvor nur ein paar kurze Stichpunkte aufgeschrieben hatte, wie folgt: „*Gott segne unser deutsches Vaterland!*“ Am 18. Oktober 2017 stimmte der Rat der Stadt Erfurt mit Mehrheit (keineswegs einstimmig!) dafür, in Erinnerung an die Kundgebung vom 19. Dezember 1989 einen kurzen Straßenabschnitt auf dem Erfurter Petersberg nach dem verstorbenen Altkanzler zu benennen.

## 1 Der Umsturz – und ich mittendrin

„Die Menschen gedachten es böse zu machen, Gott aber gedachte es gut zu machen“ (Bekenntnis des Mose in 1. Mose 50,20).

Am Sonntag, dem 18. März 1990, fanden im 41. Jahr der *Deutschen Demokratischen Republik* zum zehnten und letzten Male Volkskammerwahlen<sup>12</sup> statt. Ursprünglich waren diese Wahlen für den 6. Mai 1990 vorgesehen, aber wegen der sich überschlagenden Ereignisse nach dem Fall der „*Mauer*“ und wegen des immer lauter werdenden Rufes der Menschen nach einer handlungsfähigen, demokratisch legitimierten Regierung hatte man den Wahlakt kurzerhand sechs Wochen vorverlegt. Immer noch strömten Monat für Mo-

11 Helmut Kohls Parteifreunde Heiner Geißler, Lothar Späth und Rita Süßmuth planten dessen Ablösung auf dem CDU-Parteitag in Bremen im September 1989. Der Putschversuch scheiterte aber.

12 Nominell das höchste Verfassungsorgan der DDR. Ihre Legislaturperiode betrug vier Jahre. Sie tagte üblicherweise zwei- bis viermal im Jahr. Bis 1963 hatte sie 400 Sitze, später 500 Sitze, zuletzt wieder 400 Sitze.

nat zehntausende Ostdeutsche ohne jede Rückkehrabsicht in den vermeintlich „goldenen Westen“. Die 10. Volkskammerwahlen der DDR am 18. März 1990 waren die einzigen ihrer Art, die vom Anfang bis zum Ende westlich-demokratischen Grundsätzen entsprachen.

Am 20. Februar 1990 hatte die alte, die 9. DDR-Volkskammer noch ein vollkommen neues Wahlgesetz beschlossen. Zu vergeben waren demnach 400 Mandate. Es galt ein reines Verhältniswahlrecht ohne eine Sperrklausel. Listenvereinigungen waren zulässig. Diese Möglichkeit machten sich gleich mehrere Parteien und Organisationen auch zunutze. Die gesamte DDR hatte man zu einem einzigen, riesengroßen Wahlgebiet erklärt. Zur Wahl zugelassen waren 24 Parteien und Listenvereinigungen; 23 von ihnen traten zur Wahl dann auch an.

Die Wahlbeteiligung betrug 93,4 Prozent von exakt 12.426.192 Wahlberechtigten. Sieger war das Wahlbündnis *Allianz für Deutschland*, bestehend aus der ehemaligen Blockpartei *Christlich Demokratische Union* mit dem Spitzenkandidaten *Lothar de Maizière* (40,8 Prozent), aus der neu gegründeten *Deutschen Sozialen Union* (DSU, der CSU nahe stehend / 6,3 Prozent) und aus dem *Demokratischen Aufbruch* (DA / 0,9 Prozent). Spitzenkandidat der DSU war *Hans-Wilhelm Ebeling*, Spitzenkandidat des DA war *Wolfgang Schnur*. Drei Tage vor den Wahlen wurde Wolfgang Schnurs Tätigkeit als Inoffizieller Mitarbeiter (IM) des Ministeriums für Staatssicherheit<sup>13</sup> (MfS) gezielt offengelegt. Die neu gegründete und bis zum Wahltag als Favorit geltende *Sozialdemokratische Partei in der DDR* (ursprünglich SDP, zum Zeitpunkt der Wahl schon SPD abgekürzt) kam nur auf 21,9 Prozent der Stimmen. Ihr Spitzenkandidat *Ibrahim Böhme* wurde später als IM des MfS enttarnt und aus der SPD ausgeschlossen. Die *Partei des Demokratischen Sozialismus* (PDS), die sechs Wochen vor den Wahlen wie Phönix aus der Asche der *Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands* (SED) entstieg war, ging nicht etwa unter, sondern erreichte 16,4 Prozent der Stimmen. Ein Sammelbecken für zehntausende „Wendehälse“<sup>14</sup> und ein paar rote Idealisten war geschaffen, aber *Wendehälse* fanden Unterschlupf nicht nur in der PDS, sondern in fast allen alten und neuen Parteien sowie in den zahlreichen neu entstehenden Behörden und Organisationen. Die *Wendehälse* wussten die Chancen, die die neue Freiheit ihnen bot, optimal zu nutzen. Sie machten Karrieren, von denen sie zuvor noch

---

13 Neben zuletzt etwa 91.000 hauptamtlichen Mitarbeitenden hatte das von Erich Mielke jahrzehntelang geleitete Ministerium für Staatssicherheit (MfS) bis zu 200.000 Inoffizielle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen – bis 1963 Geheime Informatoren genannt, die neben technischen Überwachungsmaßnahmen zur flächendeckenden Einschüchterung und Überwachung der DDR-Bevölkerung beitrugen. Teils arbeiteten sie freiwillig, teils gezwungenermaßen für das MfS. Die Entlohnung für ihre Dienste fiel recht unterschiedlich aus: vom Orden über Geldgeschenke bis zum West-Auto. Neben den IM gab es noch etwa genauso viele AKP's, namentlich erfasste „Auskunftspersonen“.

14 Eigentlich eine europäische Zugvogelart in der Größe einer Lerche. Wegen der Fähigkeit dieser Vögel zu extremen Kopfdrehungen ging die Bezeichnung 1989 auf Menschen über, die zuvor systemtreu waren, sich dann aber exzellent an die neuen Verhältnisse anzupassen und ihren persönlichen Vorteil aus diesen Verhältnissen zu ziehen verstanden.

nicht einmal geträumt hatten. Die Mehrheit der aufrichtigen Bürgerrechtler tat sich dagegen mit der Orientierung im vereinten neuen Deutschland schwer. Sie strebten – zumindest geringfügige – Veränderungen der in die Jahre gekommenen deutschen Innen- und Außenpolitik an. Aber die Eins-zu-eins-Übernahme der Verhältnisse im vormaligen Westen wollten sie nicht.

Ich war damals 32,5 Jahre alt, 78 Kilogramm schwer, seit zweieinhalb Jahren verheiratet und Vater einer 18 Monate alten Tochter. Meine Ehefrau trug gerade unser zweites Kind aus. Wir wohnten in einer großen Dienstwohnung im 1742 gegründeten Neudietendorf bei Erfurt, das früher einmal *Gnadenthal* hieß, und ich hatte in Personalunion gleich drei Pfarrämter inne: das Pfarramt der *Herrnhuter Brüdergemeine Neudietendorf*, das Pfarramt der *Evangelisch-Lutherischen Kirchgemeinde Dietendorf* und das Pfarramt der *Evangelisch-Lutherischen Kirchgemeinde Neudietendorf*. Seit meinem zehnten Lebensjahr (1968 „Prager Frühling“ und dann Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei!) hatte ich mich – dazu ermuntert und dabei behutsam angeleitet von meinen Eltern – für Politik interessiert.

Meinem Vater *Horst Tasche*, einem Friseur, später in *Moritzburg* (bei Dresden) zum Diakon für die kirchliche Jugendarbeit ausgebildet, bedeutete das politische Mandat der Kirche viel. Er hatte in der *Evangelischen Kirche von Schlesien*, die später auf massiven Druck des Staates, der sich die Territorial-Bezeichnung „Schlesien“ verbat, in *Evangelische Kirche des Görlitzer Kirchengebietes* umbenannt worden war, die sogenannte „*Schaukastenarbeit*“ aufgebaut – sehr zum Verdruss der DDR-Oberen und von diesen kritisch beäugt. Die Schaukästen befanden sich zwar stets nur an Kirchen-Mauern, aber eben nicht – wie vom Staat gewünscht – an deren Innen-, sondern an deren Außenseite. So wirkten sie als einziges Medium neben einem wöchentlichen Sonntagsgottesdienst im Rundfunk<sup>15</sup> in die sich als atheistisch verstehende Gesellschaft hinein. Der Standort des ersten Görlitzer Schaukastens an der Turmwand der Frauenkirche – ich sehe die dort aushängenden Plakate noch vor mir – hat die DDR überdauert. Auch meine Mutter *Brigitte Tasche*, geborene Ketzler, hatte politisch zu denken gelernt – eine Folge vor allem ihrer Verhöre zunächst durch den Geheimdienst *NKGB*<sup>16</sup> in der sowjetischen Besatzungszone, später durch den Sowjet-Geheimdienst *KGB*<sup>17</sup> sowie den Staatssicherheitsdienst der noch jungen DDR. Diese immer wieder spontan anberaumten

---

15 Anders als den SED-Blockparteien sowie den Massenorganisationen wurde den Kirchen eine zwar nicht günstige, aber wöchentliche Sendezeit eingeräumt. Von 7.30 Uhr bis 8.20 Uhr wurden unter Vermeidung des Wortes „Gottesdienst“ sogenannte „Morgenfeiern“ ausgestrahlt – freilich immer vorab zensiert und nie live. Einen Fernsehgottesdienst gab es in der DDR erstmals 1978.

16 „Narodnij Komissariat Gossudarstwennoi Besopasnosti“, zu Deutsch: Volkskommissariat für Staatssicherheit, Vorgängerorganisation des KGB.

17 „Komitet gossudarstwennoi besopasnosti pri Ministrow Sojus Sowjetskich Sozialisticheskich Respublik“, Name des sowjetischen In- und Auslandsgeheimdienstes bis 1991, zu Deutsch: Komitee für Staatssicherheit beim Ministerrat der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken.

Verhöre haben meiner Mutter, die bis zu ihrer Eheschließung eine talentierte, hingebungsvolle Kindergärtnerin war, die gesamte Jugend gekostet.

Im Alter von genau einem Monat empfing ich in der thüringischen und reußischen Residenzstadt *Greiz*, meinem Geburtsort, in der *Stadtkirche St. Marien* die Taufe. Die Fürbitte meiner Eltern umgab mich schon im Mutterleib. Mit alten und neuen Kirchen- und Kinderliedern, Gebeten, biblischen Geschichten und Andachten, darüber hinaus mit täglichen Spaziergängen, stundenlangem Vorlesen, Bilderbuch-Betrachtungen und heiteren Familienbegegnungen wurde ich groß. Nach einem Umzug von Greiz nach Görlitz in eine recht kleine, ofenbeheizte Altbauwohnung mit Außentoilette (immerhin Wasserspülung!) in unmittelbarer Nähe der *Oder-Neiße-Friedensgrenze* zu Polen besuchte ich mit Freude den kirchlichen Kindergarten in der Jakobstraße und die Kindergottesdienste in der Frauenkirche. Auch die Gottesdienste für Erwachsene in heimatlichen wie auswärtigen Kirchen waren mir nicht fremd. Später nahm ich an werktäglichen Kinderstunden, an der samstäglichen Jung-schar (nur für Jungen!) und an einer Vielzahl von *Rüstzeiten*<sup>18</sup> im ganzen Land teil, meist geleitet von *Dietrich Heise*, einem heiter-demütigen, nichtsdestoweniger klar positionierten, mutigen Diakon und Evangelisten aus Plau am See, ausgebildet in Ost-Berlin, den ich bewunderte und der mich in meiner Kindheit prägte. Trotz mehrfacher Vorladung meiner Eltern in die *7. Oberschule „Kurt Steffelbauer“*<sup>19</sup> und trotz wiederkehrender Hausbesuche von Klassenlehrerinnen und Klassenlehrern – erst in Görlitz und einige Jahre später in Herrnhut – gehörte ich weder der staatlichen Pionierorganisation *„Ernst Thälmann“*<sup>20</sup> noch der sogenannten *„Freien Deutschen Jugend“* (FDJ)<sup>21</sup> an. Natürlich verbot sich für mich auch die Teilnahme an der 1955 eingeführten staatlichen

---

18 Für die Freizeitgestaltung in der DDR war grundsätzlich der Staat zuständig. Deshalb durften kirchliche Urlaubsangebote nicht „Freizeiten“ heißen. Ersatzweise bürgerte sich der Begriff „Rüstzeiten“ bzw. „Bibelrüstzeiten“ ein. Diese konnten drei Tage, aber auch zwei Wochen dauern und fanden ausnahmslos auf kirchlichem Gelände in sogenannten „Rüstzeithäusern“ statt, die in mühseliger Aufbauarbeit nach und nach in vielen Landesteilen entstanden. Sie waren in der Regel eine Mischung aus fröhlicher Gemeinschaft bei Speisen, Sport und Spiel unter Dach oder im Freien, aus Fortbildungen vor allem biblischer und kirchenkundlicher Art sowie aus Andachten und Gottesdiensten.

19 Ein aus Görlitz stammender Lehrer, Gewerkschafter, Kommunist und Internationalist, der 1942 wegen seines Widerstandes gegen den Nationalsozialismus in Berlin-Plötzensee hingerichtet wurde.

20 Politische Massenorganisation für Kinder in der DDR, gegründet 1948, benannt nach dem 1944 ermordeten Vorsitzenden der KPD. Ihr gehörten in den 1960er, 1970er und 1980er Jahren fast alle Schülerinnen und Schüler vom ersten bis zum siebenten Schuljahr als Jung- oder Thälmannpioniere an.

21 Kommunistischer Jugendverband in der DDR, gegründet schon 1946, einzige staatlich anerkannte und staatlich geförderte Jugend- und damit Massenorganisation. Die FDJ hatte die Aufgabe, Jugendliche ab dem 15. Lebensjahr in den Marxismus-Leninismus einzuführen und sie zu Sozialisten zu erziehen. Trotz zunehmender Militarisierung waren 1989 ca. 88 Prozent der DDR-Jugendlichen in der FDJ. Nichtmitglieder wurden in vielfältiger Weise, vor allem bei der Berufswahl, benachteiligt.

*Jugendweihe*<sup>22</sup>, die in den Folgejahren mehr und mehr zur Zwangs- und Propaganda-Veranstaltung degenerierte. Ich wollte mein Leben vielmehr Gott weihen und ließ mich deshalb im Juni 1971 nach einem knapp zweijährigen Konfirmandenunterricht, der mir zwar nur wenig neues Wissen, dafür aber ein enges Vertrauensverhältnis zu meinem Konfirmator, dem späteren Bischof *Günter Hasting*, bescherte, im schlicht-festlichen Herrnhuter Kirchensaal konfirmieren.

Als ich 1975 im Alter von 18 Jahren in *Naumburg* zur Musterung für den Wehrdienst in der *Nationalen Volksarmee* (NVA) der DDR vorgeladen wurde, ließ ich mich für den waffenlosen Wehrdienst als „*Bau-soldat*“ bzw. „*Spaten-soldat*“ in den Baueinheiten der NVA mustern, die 1964 dank des Einsatzes von linientreuen Pazifisten in einem historisch glücklichen Moment eingerichtet worden waren und die es ansonsten nirgendwo im Ostblock gab. Zum Dienst eingezogen wurde ich jedoch – anders als viele meiner Freunde – aus unerfindlichen Gründen nie. Einerseits empfand ich die Tatsache, dem Wehrdienst entronnen zu sein, als ein Stück Gnade, andererseits fehlte mir durch diese gnädige Führung eine Erfahrung, die 99,9 Prozent der Männer in der DDR in ihren schönsten Jugendjahren machen mussten.

Eigentlich wollte ich gar nicht Theologie studieren und Pfarrer werden, eigentlich schwebte mir ein Journalistik-Studium vor, um darauf aufbauend in der ganzen Welt als Sportreporter herumreisen zu können. Ich liebte die Wortakrobaten von „*Radio DDR 1*“, *Hubert Knobloch*, *Wolfgang Hempel*, *Werner Eberhardt* und *Waldefried Vorkefeld*, weniger das Geschwafel von *Heinz Florian Oertel*. Allerdings stand schon recht früh fest, dass die DDR-Oberen mir die Erfüllung meines Berufswunsches unter keinen Umständen ermöglichen würden. Eine solche Karriere war nur zuverlässigen SED-Genossen, in Ausnahmefällen auch einmal Mitgliedern der vier sogenannten „*Blockparteien*“<sup>23</sup> in der DDR gestattet, nicht aber unangepassten, kritischen Geistern mit Mut zu einer eigenen Meinung und zum Gehen eigener Wege.

Sämtliche Eingaben und Beschwerden meiner Eltern, die von der *Herrnhuter Brüdergemeine*, der *Evangelischen Kirche des Görlitzer Kirchengebietes* (damals geführt vom streitbaren Bischof Hans-Joachim Fränkel, vormals Mitglied der

---

22 Ursprünglich freireligiöse Initiations-Feier, erfunden vom Sachsen Eduard Balzer, die ab 1852 angehenden Jugendlichen nach einem längeren Moral-unterricht angeboten wurde. Die SED funktionierte die Jugendweihe unter zwangsähnlicher Agitation zu einem staatssozialistischen Festakt um und instrumentalisierte sie in ihrem Kampf gegen den christlichen Glauben (Gegenveranstaltung zur Konfirmation). Sie enthielt ein feierliches Gelöbnis, mit dem die Jugendlichen sich zum Sozialismus und zur militärischen Verteidigungsbereitschaft bekannten. Nach 1970 meldeten sich DDR-weit fast 100 Prozent der Jugendlichen zur Jugendweihe an, wegen von ihnen befürchteter Nachteile bei Nichtteilnahme letztlich auch fast alle Kirchenmitglieder.

23 Der Begriff signalisiert nicht vorhandene Eigenständigkeit. Blockparteien stimmten in den Parlamenten fast immer „im Block“ mit der SED ab. DDR-„Blockparteien“ waren die Christlich-Demokratische Union, die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, die National-Demokratische Partei Deutschlands sowie die Demokratische Bauernpartei Deutschlands.

*Bekennenden Kirche*<sup>24</sup>) und vom soeben gegründeten *Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR* mit Nachdruck unterstützt wurden, führten letztlich zu nichts. Weder die Verantwortlichen in meiner Herrnhuter Schule, einer gemütlichen, einzügigen *Zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule* – zur Miete untergebracht im provisorischen „*Schwesternhaus*“ der Brüdergemeinde (ein Kuriosum!) – noch die Verantwortlichen beim *Rat des Kreises* in Löbau und beim *Rat des Bezirkes*<sup>25</sup> in Dresden noch die Verantwortlichen im *Ministerium für Volksbildung* in Berlin (von 1963 bis 1989 geleitet von *Margot Honecker*, der dritten Ehefrau von Erich Honecker) wollten es mir trotz exzellenter Zeugnisse zugestehen, Journalist zu werden. Ich gliche einem Schmarotzer, meinten die Kommissare der Ministerin bei ihrem zweiten Recherche-Besuch in der Oberlausitz. Ich nähme das kostenlose Bildungsangebot des Staates in Anspruch, sei aber nicht bereit, mich zeichenhaft und eindeutig zu diesem Staat zu bekennen, sprich: der „*Freien Deutschen Jugend*“ beizutreten. Mein Engagement im nicht-ideologischen Bereich sei unnütz. Von künftigen Kadern erwarte man erheblich mehr als Eifer bei den regelmäßigen *Altstoffsammlungen*<sup>26</sup>, als siegreiche Auftritte bei gelegentlichen Kreis-Rezitatoren-Vergleichen sowie bei jährlichen Kreis-Chor-Wettbewerben (ich als einziger im weißen Hemd, alle anderen im blauen FDJ-Hemd!) und als die ehrenamtliche Betreuung der Herrnhuter Knaben-Fußballmannschaft. All das sagte man mir bzw. meinen Eltern nur, schriftlich gab man es uns nicht. Der *Erlass des Staatsrates der DDR über die Bearbeitung der Eingaben der Bürger* vom 20. November 1969 erlaubte es den Staatsorganen in Paragraph 8 Abs. 1, die Eingaben der Bürger nur mündlich zu beantworten. Welche Hinterlist! So bekamen hunderttausende DDR-Bürger – und so bekam auch ich – keine amtlichen Dokumente in die Hand, mit denen die Schandtaten der Partei- und Staatsführung der DDR hätten nachgewiesen werden können. Es wurde meines Erachtens bisher viel zu wenig berücksichtigt, wie sehr der oben genannte Erlass, der den Prinzipien eines Rechtsstaates Hohn spricht, zur Vertuschung von schlimmen Schandtaten, ja von Unrecht, beitrug und damit verhinderte, dass die Verantwortlichen sich wenigstens im Nachhinein für ihr Handeln rechtfertigen mussten. Die Akten, die die Staatsorgane angelegt hatten, existieren ja leider in der Regel längst nicht mehr.

24 Gemeinden bzw. Theologen, die sich der Nazi-Ideologie widersetzen und sich weigerten, den Prinzipien der „Deutschen Christen“ (rassistisch, antisemitisch, antidemokratisch) zu folgen. Eine einzige, gleichgeschaltete deutschlandweite „Reichskirche“ unter einem „Reichsbischof“ lehnten sie ab.

25 Die Räte der Bezirke waren die Exekutive der Bezirkstage in den 14 Bezirken der DDR. Sie glichen den heutigen Landesverwaltungsämtern. Außerdem gab es noch den Magistrat von Ost-Berlin.

26 Offiziell hießen diese sich über mehrere Tage hinziehenden Sammlungen, die privat und auch von Schulen, Betrieben, Behörden und Einrichtungen organisiert wurden, Sekundärrohstoffsammlungen (Altpapier, pfandfreie Flaschen, Gläser, Schrott, Altkleider und Blei-Akkus). Die DDR litt an großem Rohstoffmangel; ihre Wirtschaft war auf Lieferungen an den VEB Kombinat Sekundär-Rohstoffeffassung (SERO) angewiesen.

Und dennoch: Dass für mich „notgedrungen“ nur eine Ausbildung zum kirchlichen Dienst infrage kam (auch zu einer in der DDR 1959 erfundenen *Berufsausbildung mit Abitur* zum Betriebs-, Mess-, Steuer- und Regelungstechniker sowie zu einer einfachen Facharbeiterausbildung als Instandhaltungsmechaniker wurde ich trotz bester Zeugnisse nicht zugelassen), bedauerte ich nur in wenigen Stunden meines Lebens.

Zwar hatte ich immer fest daran geglaubt, dass die „Mauer“, dieses kostspielige, lebensfeindliche, vielfach todbringende Monstrum und scheußliche Sinnbild des „Kalten Krieges“, in deren Schatten ich in Ost-Berlin im Hinterhof der Borsigstraße 4 im *Sprachenkonvikt der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg* dreieinhalb höchst spannende Jahre verbrachte (nur 250 Meter von der heutigen *Gedenkstätte Berliner Mauer* in der Bernauer Straße entfernt), noch zu meinen Lebzeiten fallen würde. Dass die „Mauer“, die in Wirklichkeit weit mehr war als nur ein Bauwerk aus Beton, dann aber schon in meinem 33. Lebensjahr und im 29. Jahr ihrer „spontanen“ Errichtung („Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu bauen!“)<sup>27</sup> kampfflos fiel, überraschte mich doch und ist für mich – wahrscheinlich bis zu meinem letzten Atemzug – das achtgrößte Wunder nach der Geburt meiner sieben Kinder. Überhaupt habe ich im Laufe meines langen Lebens – was für ein Privileg! – immer wieder kleine und große Wunder erfahren dürfen. Hatte der Bau der „Mauer“ am Sonntag, dem 13. August 1961, die Deutschen wie die Weltgemeinschaft gewaltig geschockt, so wurde ihr Fall am Donnerstag, dem 9. November 1989, für die Deutschen wie für die Weltgemeinschaft zu einem einzigen großen Jubelfest. Fast alle sprachen vom *glücklichsten Tag der Deutschen*.

Dass ein Pfarrer mit einer Biographie wie der meinen sich in den Monaten vor und nach der „Wende“ politisch engagierte, um bürgerliche Freiheiten, Demokratie und Rechtsstaat (nicht aber die deutsche Einheit!) schnellstmöglich herbeizuzwingen, versteht sich fast von selbst. Ich tat in *Neudietendorf* und *Dietendorf* das, was viele meiner Kolleginnen und Kollegen im Pfarramt und viele andere kirchliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen – beinahe selbstverständlich – auch taten: Ich organisierte Demonstrationen, ich publizierte in alten und in neu entstandenen Zeitungen und Zeitschriften, ich leitete über Wochen einen kommunalen „*Runden Tisch*“<sup>28</sup>, an dem ich ranghohen SED-Genossen das Wort erteilen oder auch entziehen durfte, ich bahnte zusammen mit anderen Aktivistinnen und Aktivisten über die noch deutlich sichtbare innerdeutsche Grenze hinweg eine erste kommunale Ost-West-Partnerschaft an, ich machte mich mit der Funktionsweise von elektrischen Schreibmaschinen, Kopiergeräten und modernen Telefonen vertraut und ich bekam

27 Originalton Walter Ulbricht, damals Partei- und Staatschef der DDR, in einer Pressekonferenz am 15. Juni 1961, zwei Tage vor dem Mauerbau in Berlin.

28 Runde Tische waren selten wirklich rund. Die Sitzordnung ist symbolisch gemeint und deutet das Fehlen von Hierarchien an. Zu einem ersten Runden Tisch soll um das Jahr 500 nach Christus – in der Zeit der Völkerwanderung – König Artus eingeladen haben. Sein angeblicher, überaus prächtiger runder Tisch ist in der „Großen Halle“ von Winchester Castle zu sehen.

die Ehre übertragen, die ersten freien Wahlen in der DDR zu leiten, die schon erwähnten 10. Volkskammerwahlen am 18. März 1990. Im Neudietendorfer Bürgermeisteramt zählten fast fünf Stunden lang zwar ungeübte, aber stolze und glückliche Menschen (immer wieder von neuem) hunderte Stimmzettel aus. Im Dienstauto, einem alten, einst von den Kirchen im Westen spendierten, über das DDR-Außenhandelsunternehmen „*Genex Geschenkdienst GmbH*“<sup>29</sup> ausgelieferten, mausgrauen „*Trabant 601 Kombi*“<sup>30</sup>, von allen nur „*Trabbi*“ genannt – manchmal auch „*Rennpappe*“ oder „*Duroplastbomber*“ oder „*Asphaltblase*“ –, wurden die Wahlunterlagen kurz vor Mitternacht zum *Rat des Kreises*, Abteilung Inneres, nach *Erfurt* gebracht. Und während der beiden zwanzigminütigen Autofahrten hörte ich, wie eigentlich immer in diesen traumhaften Wochen und Monaten, mit Hochspannung Radio.

All’ das tat ich – wie ungewohnt! – ganz ohne Angst. Die Zeiten, in denen man als Pfarrer davon ausgehen musste, jedes gesprochene und geschriebene Wort könnte in die Ohren bzw. die Hände von Mitarbeitenden des MfS gelangen, waren gottlob (fast) vorbei. Knapp 20 Jahre später erfuhr ich vom Ausmaß meiner Bespitzelung durch das MfS. Nach langem Überlegen hatte ich endlich einen Antrag auf Akteneinsicht bei der *Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR*<sup>31</sup> gestellt. In Berlin händigte man mir 19 Monate später – unter sensibler, beinahe seelsorgerlicher Betreuung – eine Akte aus, die inklusive einiger Karteikarten gut 200 Seiten umfasst. Auf dem Aktendeckel las ich den Namen, den ein Stasi-Offizier mir beim Anlegen des operativen Vorganges gegeben hatte. Welche Überraschung, welche unverdiente Ehre! „*Zinzendorf*“ war dort zu lesen, manchmal richtig mit zwei „z“ geschrieben, oft aber mit einem „s“ anstelle des zweiten „z“. Etwa 50 Prozent der Akten machen die meist handschriftlichen Berichte von Stasi-IM aus, die in Niesky bei Görlitz und in Neudietendorf bei Erfurt, wo ich jeweils knapp vier Jahre als Pfarrer wirkte, auf meine Verkündigung und Unterweisung, meine seelsorgerliche und organisatorische Arbeit sowie meine private Lebensführung angesetzt waren. Vier IM erkannte ich aufgrund der von ihnen in den Akten geschilderten Sachverhalte sofort, obwohl IM

29 Auf Anordnung der DDR-Regierung 1956 gegründetes Unternehmen zur Devisenbeschaffung. Waren und Dienstleistungen gab es nur gegen frei konvertierbare Währungen. Das Unternehmen publizierte einen Katalog. Was dort angeboten wurde, stammte zu 90 Prozent aus der DDR. Man konnte es aber nur nach langer Wartezeit (PKW) oder mit besonderen Beziehungen erhalten.

30 Seit 1958 in Zwickau gefertigte PKW-Baureihe. Der robuste „Trabbi“ (Zweitaktmotor, Frontantrieb, Kunststoff-Karosserie, Platz für vier Erwachsene, Preis ab 10.000 DDR-Mark) war in der DDR das am häufigsten gefahrene Auto, das auch ins sozialistische Ausland exportiert wurde. Wartezeiten zwischen Bestellung und Lieferung von acht bis zehn Jahren waren normal.

31 Nach den jeweiligen Chefs auch Gauck-Behörde, Birthler-Behörde und Jahn-Behörde genannt. Betraut mit Sammlung, Verwaltung und Erforschung der Stasi-Unterlagen. Die Einrichtung dieser bis in die Gegenwart bestehenden, mit Steuergeldern finanzierten Behörde wurde von der Bürgerrechtsbewegung in den Wende-Monaten erwirkt. Einsicht in die Akten ist Stasi-Opfern, Wissenschaftlern und Medienvertretern sowie Behörden möglich.

durchweg mitunter recht kuriose Decknamen tragen. Drei IM bin ich in den Folgejahren immer wieder begegnet. Offensichtlich waren diese drei IM keine großen Schweine, sondern nur kleine arme Hunde, die man zur Mitarbeit irgendwie gepresst hatte. Sie konnten mir nicht wirklich schaden, obwohl ich über die in ihren Texten offenbar werdenden Vertrauensbrüche sowie über die eine oder andere Gemeinheit (bewusst falsche Deutung meiner Absichten) bei der Berichterstattung schon traurig und manchmal entsetzt war. Was für einen Aufwand hatte das angeblich so große und starke DDR-Regime betrieben, um mich kleines Licht zu überwachen, das ihm niemals im offenen Widerstand begegnet war, das sich nur bei Erforderlichkeit die Freiheit genommen hatte, öffentlich seine Meinung zu sagen. Welche mir bekannten oder unbekanntenen Personen sich wohl hinter den anderen IM-Decknamen verbergen?

Zurück zu den 10. Volkskammerwahlen der DDR am Sonntag, dem 18. März 1990, die den Höhepunkt des Umsturzes – gemeinhin „*Wende*“ oder auch „*Friedliche Revolution*“ genannt – darstellten. Nach diesen Wahlen ebte der revolutionäre Neugestaltungseifer im Osten schon wieder ab bzw. er wurde vom Anpassungseifer an die im Großen und Ganzen bewährten politischen, ökonomischen und sozialen Verhältnisse im Westen abgelöst. Zwei vom Volk geschaffene „inoffizielle Hoheitszeichen“ beherrschten diese Wochen: die DDR-Fahne mit einem runden Loch in der Mitte, in dem sich einst das DDR-Staatswappen – bestehend aus Hammer und Sichel im Ährenkranz – befunden hatte, und die D-Mark, in die man schnellstmöglich und – bitte schön! – zum 1:1-Kurs seine DDR-Mark umtauschen wollte, was dann ab dem 1. Juli 1990 nach einer großen administrativen Kraftanstrengung auch möglich war. Auf folgendes Umtauschverfahren hatten sich die DDR und die BRD geeinigt: Bürger ab 60 Jahren durften bis zu 6.000 DDR-Mark, alle anderen Erwachsenen bis zu 4.000 DDR-Mark und Kinder bis 14 Jahren bis zu 2.000 DDR-Mark zum Kurs von 1:1 in D-Mark umtauschen. Die darüber liegenden Sparguthaben wurden zum Kurs 2:1 gewechselt, Schulden wurden halbiert. Löhne, Gehälter, Stipendien, Renten, Mieten und Pachten sowie weitere regelmäßige Zahlungen wurden zum Kurs von 1:1 umgestellt. Im Verborgenen hatten manche DDR-Bürger und -Bürgerinnen vorher fünf, manchmal sogar sechs oder sieben DDR-Mark für eine D-Mark gegeben.

Immer wieder – und vollkommen zu Recht! – ist der friedliche Charakter des Umsturzes betont und bewundert worden. Dieser hatte keineswegs nahe gelegen und war zwischendurch wohl einige Male gefährdet. Schließlich standen die aufbegehrenden Volksmassen einem gut vernetzten Regime gegenüber. Dieses verfügte mit der Nationalen Volksarmee, mit der Deutschen Volkspolizei, mit den betrieblichen Kampfgruppen der Arbeiterklasse sowie mit zehntausenden bewaffneten Mitarbeitenden des MfS gleich über vier Waffen tragende, an unbedingten Gehorsam gewöhnte Organisationen. Und die alten Eliten hatten viel zu verlieren. Ob man in einer neuen Zeit gnädig mit ihnen umgehen würde? Es ist hier nicht der Ort, detailliert darüber zu spekulieren, was dazu geführt hat, dass die Revolution letztlich – anders als

z. B. in Rumänien und in Albanien und später in einigen Sowjetstaaten – eine friedliche war. Normalerweise wehrt der Anblick brennender Kerzen keiner Gewalt, auch wenn deren Zahl in die Millionen geht. Viele Umstände kamen zusammen, dass die Flugzeuge in ihren Hangars, die Panzer in ihren Depots, die Gewehre in ihren Schränken und die Pistolen in ihren Halftern blieben. Nur ein paar Hundert Schlagstöcke kamen am 6./7. Oktober 1989 vor allem in Ost-Berlin zum Einsatz.

Jetzt erwies es sich als ein Glück, dass die Mehrheit der ideologisch immer wieder geschulten, daher vermeintlich linientreuen Genossen ihrer Führung nicht aus wirklicher Überzeugung, sondern nur aus Gewohnheit oder Bequemlichkeit behorchte oder um ihrer kleinen Privilegien willen oder auch aus Angst. Sobald die Angst klein genug und die Aussicht auf ein besseres Leben nach westlichem Muster groß genug geworden war, liefen Profiteure des alten Systems in Scharen zum bisherigen „Klassenfeind“ über. Die Aussicht auf einen „Westwagen“ oder auf eine Urlaubsreise nach Italien war erheblich lukrativer als das weitere, fleißige Mitwirken beim Aufbau des Sozialismus. Bei den wöchentlichen Demonstrationen im Riesenchor „Reise-freiheit!“ oder „WIR sind das Volk!“ zu brüllen, machte erheblich mehr Spaß als bei Aufmärschen zum 1. Mai auf Kommando und im lauten Stakkato die Errungenschaften der DDR zu preisen bzw. gute Taten zu versprechen: „Es lebe die SED!“ oder „Plan-er-fül-lung, Eh-ren-sa-che!“ oder „D-D-R, unser Vaterland!“. Und einige ganz Schlaue wussten: Ohne uns geht es nicht. Die Kapitalisten „*drüben*“ sind auf unser Know-how angewiesen. Und so tarnten sie sich geschickt und dienten sich der neuen Macht an und bekamen neuen Einfluss und wurden schnell reich und manche sogar mächtig. Solche Privilegien-Sicherung ließ sich ohne Waffen wesentlich eleganter und effektiver und risikoärmer bewerkstelligen als sie mit Waffen. Der „*Treubandanstalt*“<sup>32</sup> und den überall aus dem Boden sprießenden, personalhungrigen und finanziell gut ausgestatteten Arbeitsagenturen<sup>33</sup> sei Dank!

Sei's drum. Dass die Mehrheit der alten Eliten alsbald unbeschadet zur neuen Elite wurde und dass viele Opfer des SED-Regimes sowie viele aufrichtige Bürgerrechtler und Bürgerrechtlerinnen längst nicht in gleicher Weise

---

32 Öffentliche Behörde mit 4.600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und großer Entscheidungsbefugnis, die zur Privatisierung des DDR-Vermögens gegründet wurde. Insgesamt waren 14.600 Betriebe mit 45.000 Betriebsstätten zu privatisieren oder abzuwickeln. Das hohe Tempo der Privatisierungen verhinderte im Osten einen geordneten Strukturwandel. Viele Fälle von „Vereinigungskriminalität“, verursacht nicht zuletzt durch alte SED-Seilschaften, machten die Behörde im Volk unbeliebt.

33 Bundesweit gab es 150 Arbeitsämter (nach den Hartz-Reformen: „Agenturen für Arbeit“) mit etwa 600 Niederlassungen. Durch die Massenentlassungen, die anfangs in den neuen Bundesländern anstanden, kam den Arbeitsämtern eine wichtige Steuerungsfunktion zu. Hier wurde – oft von alten DDR-Kadern – über die Vermittlung in neue Firmen, über Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen, über die Verweisung in den sekundären Arbeitsmarkt („Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen“ und „Ein-Euro-Jobs“) oder über einen Weiterverbleib in der Arbeitslosigkeit entschieden. Die Kritik an den Arbeitsämtern entzündete sich an den vielen teuren, letztlich jedoch oft sinnlosen Maßnahmen.

wie ihre einstigen Peiniger und Widersacher von der deutschen Wiedervereinigung profitierten, war der Preis des Friedens. Die alten Eliten waren in der DDR zu geschickt vorgegangen, als dass man ihnen in der neuen Zeit, die nur über die Mittel des Rechtsstaates verfügte (Leider! Gott sei Dank!), hätte an den Kragen gehen können. Es gab nur wenige, die sich ob ihrer Untaten vor Gericht verantworten mussten, und es gab noch weniger, die rechtskräftig zu einer empfindlichen Strafe oder gar einer Haftstrafe verurteilt wurden. Nun, eines Tages werden sie vor einem *anderen* Richter stehen. Ich bin sehr gespannt, ob der göttliche Richter ihnen auch gnädig ist ...

Wenn man denn überhaupt Personen nennen will, die den friedlichen Charakter der Revolution bewirkt haben, dann diese zwei: Zunächst *Michail Sergejewitsch Gorbatschow*, von März 1985 bis August 1991 der *Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion* und außerdem von März 1990 bis Dezember 1991 der *Staatspräsident der Sowjetunion*, der vornehmlich im Westen, weniger in seiner immer labiler werdenden Heimat, gefeierte Bahnbrecher für „*Glasnost*“ und „*Perestroika*“ (Offenheit und Umgestaltung). Seiner großen, nicht nur politischen Weisheit und seinem persönlichen Mut verdankt das neue Deutschland unendlich viel. Und dann gilt es, den kleinen Baggerfahrer im *VEB Braunkohlenkombinat Espenbain*<sup>34</sup> (und nicht den Pfarrer, der unter dem Dach der Kirche viel weniger riskierte) zu rühmen, der endlich seine jahrelange Feigheit und seinen antrainierten Fatalismus überwand und an einem Montag nach Leipzig fuhr, um erstmals in seinem Leben an einer echten Demonstration teilzunehmen und um erstmals in seinem Leben ein selbstgefertigtes Plakat zu zeigen, und der sich dabei sagte: Ja, sie können mich verhaften. Und vielleicht schießen sie sogar. Ja, sie können zwanzigtausend und vielleicht hunderttausend Menschen irgendwo einsperren – und sie sind darauf vorbereitet! Aber Millionen können sie nicht verhaften. Und wenn es Millionen werden sollen, die demonstrieren, dann kommt es auch auf mich, den kleinen Baggerfahrer, an.

Oft habe ich in diesen Wendetagen im verborgenen Kämmerlein oder auch auf der Kanzel der Dietendorfer *Johanniskirche* bzw. hinter dem Liturgistisch<sup>35</sup> der Neudietendorfer *Brüderkirche* meine Hände gefaltet und gedankt – *Gott* gedankt, dass ER mich so etwas Großartiges erleben und mitgestalten ließ, dass ER unser so schwer schuldig gewordenes deutsches Volk mit so etwas Wunderbarem beschenke! – Knapp 20 Jahre später schrieb ich zum 80. Geburtstag meiner Mutter ein Gedicht, das sich auf die alte Melodie „*Am Brunnen vor dem Tore*“ singen lässt. Darin heißt es bekennd-staunend: „*Das Zukunft Gott eröffnet, wo hohe Mauern steh'n, das konnten Millionen / am neunten*

34 Gelegen im Süden von Leipzig in einer Region mit schwersten ökologischen Verwerfungen; mit einem Acht-Prozent-Anteil an der Gesamt-Energieproduktion zeitweise das größte Kraftwerk der DDR.

35 In Kirchen der Herrnhuter Brüdergemeine gibt es keine Altäre, Kanzeln und Taufsteine, sondern an der Gebäude-Querseite nur einen schlichten Tisch.

*Elften seh'n. Im Jahre neunundachtzig / geschah das Wunder groß: Die Deutschen bei-  
einander! ||: Und nicht e in Schuss ging los. :| |*

Es dauerte lange, bis das amtliche Endergebnis der 10. Volkskammerwahlen der DDR verkündet werden konnte, bis also feststand, welche alten und neuen Volkstribune in der Folgezeit in einem bis dahin einmaligen, unter extremem Zeitdruck stehenden politischen Prozess damit befasst sein würden, die soeben 40 Jahre alt gewordene DDR mit Enthusiasmus und ohne Gnade abzuwickeln. Als die „*Thüringer Allgemeine*“, die bis zum 14. Januar 1990 „*Das Volk*“<sup>36</sup> geheißen hatte und tags darauf – nach einem klug eingefädelten Putsch der Redaktion – zur ersten unabhängigen Tageszeitung der DDR geworden war, die Namen derjenigen 400 Personen abdruckte, die nur ganze 181 Tage als 10. Volkskammer der DDR amtieren sollten, traute ich meinen Augen nicht. Die ersten und letzten freien Wahlen in der DDR hatten ein ganz und gar besonderes Parlament hervorgebracht:

Nicht nur lag das Durchschnittsalter der Gewählten anfangs bei niedrigen 41,8 Jahren. Nicht nur war es ein Parlament der Polit-Neulinge; zu vernachlässigende drei Prozent seiner Mitglieder hatten schon einer früheren Volkskammer angehört. Nicht nur hatte die Hälfte der Abgeordneten vorher einen naturwissenschaftlich-technischen Beruf ausgeübt; die Angehörigen dieser (vor allem mit Fakten arbeitenden) Berufsgruppen galten – im Gegensatz zu Juristen, Pädagogen, Wirtschafts- und Geisteswissenschaftlern – als politisch weniger belastet. Das Parlament war – bedingt durch das große, leidenschaftliche Engagement der Kirchen im Prozess der friedlichen Revolution – auch ein ausgesprochen „frommes“ Parlament. Im krassen Gegensatz zur Gesamtbevölkerung der DDR, die 1990 zu 70 Prozent weder einer Landes- noch einer Freikirche angehörte, bezeichneten sich nur 15,6 Prozent der Gewählten als atheistisch; 64,2 Prozent der Gewählten gaben freiwillig zu Protokoll, einer der beiden christlichen Konfessionen anzugehören. Und unglaubliche 7,8 Prozent der Parlamentarierinnen und Parlamentarier – insgesamt 31 Männer und Frauen – waren vor ihrem zeitlich befristeten oder auch endgültigen Wechsel von der Kanzel in die Politik evangelische Pfarrerinnen oder Pfarrer gewesen, nicht mitgerechnet die vielen anderen kirchlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Dutzenden, die sich ehrenamtlich in Landes- und Kreissynoden, Gemeindekirchenräten und Arbeitsausschüssen für Kirche und Gesellschaft engagiert hatten. Ungläubig-spöttisch fand die Weltpresse für die 10. Volkskammer der DDR bei deren Konstituierung am 5. April 1990 ein Synonym: Sie feierte ein „Pastoren-Parlament“.

Trotz meiner Freude darüber, dass ich im letzten Quartal des Jahres 1989 und in den ersten drei Quartalen des Jahres 1990 in fast jeder *ARD-Tagesschau* bzw. in fast jeder *Aktuellen Kamera*, dem DDR-Pendant zur Tagesschau, sowie

36 Die SED hatte die Medien in der DDR weitgehend gleichgeschaltet. Das „Neue Deutschland“ als das Zentralorgan der SED gab vor, was wie berichtet werden durfte und sollte. „Das Volk“, das vor allem die Leserschaft im Bezirk Erfurt bediente, war eine von 15 regionalen SED-Tageszeitungen.

in fast allen gedruckten und gesendeten Polit-Magazinen meine Freundinnen und Freunde aus der Ausbildungszeit wiedersah – ein mediales Klassentreffen sozusagen, zweifelte ich keinen Moment daran, dass die kirchliche Prägung des Parlamentarismus im an sich säkularen Osten nur eine Art Momentaufnahme war. Nichts beweist die ideologische Einseitigkeit (besser wohl: Engstirnigkeit), die in 35 der insgesamt 40 DDR-Jahre herrschte, mehr als die Tatsache, die sich im Winter und Frühjahr 1990 schmerzhaft offenbarte: Außerhalb der Kirchen gab es kaum noch jemanden, der die Spielregeln des demokratischen Parlamentarismus gekannt oder gar beherrscht hätte. Wäre der demokratische Parlamentarismus nicht wenigstens auf den Synoden der Landes- und Freikirchen sehr gewissenhaft gepflegt worden, man hätte ihn in der DDR für ausgestorben erklären müssen. Da es in der DDR von Anfang an um den Machterhalt einer einzigen Partei, der SED, ging – koste es, was es wolle –, diente der Parlamentarismus hierzulande lediglich als Feigenblatt für mancherlei Missetaten der Diktatoren. Für die Durchführung von Sitzungen der Volkskammer bedurfte es keiner parlamentarischen Spielregeln; alles war vorher bis aufs Kleinste abgesprochen worden. Für Spontaneität gab es nicht den geringsten Raum; verbale Duelle wollte man ausschließen. Hätte ein Abgeordneter noch der 9. Volkskammer der DDR das getan, wozu er eigentlich vom Volk „gewählt“ worden war, nämlich sich zu Wort gemeldet und seine persönliche Meinung zu einem vorherigen Redebeitrag oder zu einer Gesetzesvorlage kundgetan, er wäre umgehend von den Sicherheitsorganen kontaktiert worden und anschließend wohl für immer in der Versenkung verschwunden.

Dass bei der Zusammenstellung der Listen mit den Kandidatinnen und Kandidaten der Parteien und Listenvereinigungen für die 10. Volkskammerwahlen der DDR häufig auf Kirchenleute zurückgegriffen wurde, geschah also keineswegs überraschend, es geschah vielmehr zwangsläufig. Die Kirchenleute waren ideale Lückenbüßer – nicht mehr, aber auch nicht weniger! Kirche muss immer dann da sein, wenn sie gebraucht wird, denn sie ist nicht um ihrer selbst willen da. Wer aufgrund des Ablaufs der Wende eine Wiederkehr der Volkskirche in ostdeutschen Landen erwartet hatte, wurde enttäuscht. Man nahm den Beitrag der Kirchen zur Wende zwar dankbar sowie mit einem gewissen Staunen und deutlichem Respekt entgegen, aber das war es dann auch. Der Mohr hatte seine Schuldigkeit getan, er konnte gehen.<sup>37</sup> Persönliche Konsequenzen aus den Wende-Erfahrungen dergestalt, dass man sich dem christlichen Glauben bzw. einer Kirche neu zuwandte oder gar in eine Kirche eintrat, zogen nur sehr wenige. Bald war in den Ost-Parlamenten der gleiche Prozentsatz an Kirchenleuten vertreten wie in den West-Parlamenten – immerhin. Die Wahlen zum 12. Deutschen Bundestag am 2. Dezember 1990 – nur 61 Tage nach dem groß gefeierten 3. Oktober 1990, dem

---

37 In Anlehnung an ein Drama von Friedrich Schiller, Die Verschwörung des Fiesco zu Genua, III. Akt, 4. Szene.

„Tag der Deutschen Einheit“<sup>38</sup>, an dem die fünf neuen Bundesländer – im Bürokratischdeutsch sperrig „das Beitrittsgebiet“ genannt – nach Artikel 23 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland den elf alten Bundesländern „beigetreten“ waren (was für eine Formulierung!) und das vormalige Ost-Berlin mit dem vormaligen Westteil der Stadt fusioniert hatte – stellten noch einmal eine Ausnahme dar. Im Ergebnis dieser 12. Bundestagswahlen gab es im Osten noch ein weiteres und letztes Mal eine Überrepräsentanz der Kirchenleute.

Der baldige freiwillige Rückzug vieler Kirchenleute aus den Parlamenten bzw. deren Nichtberücksichtigung bei der Aufstellung der Kandidatenlisten für die nächsten Wahlen hatte mehrere Gründe. Zum einen merkten die Kirchenleute, dass ihre wahre Heimat eben doch die Kirche und nicht die Politik war. Sie, die vor der Wende nie politische Macht innegehabt hatten, die vielmehr nur die Macht des Geistes und die Macht des Wortes kannten, fühlten sich im Gerangel um die politische Macht mehr und mehr unwohl. Und der Poker um die Macht war ihnen gar ein Greul, den zu erlernen sie in der Regel weder Neigung noch Willen verspürten. Die meisten Kirchenleute waren auch nicht gut genug vernetzt in den Parteien und anderen relevanten gesellschaftlichen Organisationen, die im neuen „Ein-Viertel-Deutschland“ bald weitgehend dieselben waren wie im alten „Drei-Viertel-Deutschland“ und deren Protagonisten das Spiel um die Macht – im Vorder- und vor allem auch im Hintergrund – exzellent beherrschten. Anders gesagt, die Kirchenleute waren nicht intrigant genug, sie besaßen keinen richtigen bzw. den falschen „Stallgeruch“, sie machten Fehler beim Taktieren, sie argumentierten zu direkt, zu offen, zu ehrlich, zu kühn. Von Theologie, Philosophie und Anthropologie verstanden sie in der Regel eine ganze Menge. Was die Justiz und die Medien anbetrifft, besaßen sie wenigstens ein solides Basiswissen. Im Bereich der harten Ökonomie, der Finanzen, der Steuern und des Militärwesens waren sie – von wenigen Ausnahmen abgesehen – recht unerfahren. Das hinderte die letzte DDR-Regierung unter *Lothar de Maizière* nicht, mit dem langjährigen Bürgerrechtler Rainer Eppelmann einen streitbaren Pfarrer und einen 1966 zu acht Monaten Gefängnis verurteilten Wehrdienstverweigerer zum *Minister für Abrüstung und nationale Verteidigung* zu ernennen.

Zwar waren die Arbeitsbedingungen für die frei gewählten Abgeordneten der 10. Volkskammer der DDR alles andere als gut. Es mangelte an Raum, an Assistenz-Personal und an Technik. Solcher „unwichtigen“ Dinge bedarf eine Diktatur nicht. Dennoch leisteten die 408 Abgeordneten (inklusive acht Nachrücker) der 10. DDR-Volkskammer ein enormes Arbeitspensum, das den Pensa anderer Parlamente absolut ebenbürtig war. Insgesamt kamen sie zu 38 Sitzungen zusammen, die nahezu vollständig vom DDR-Rundfunk und

---

38 Seit 1990 Nationalfeiertag und gesetzlicher Feiertag in ganz Deutschland, der einzige gesetzliche Feiertag nach Bundesrecht. Allen anderen gesetzlichen Feiertagen in Deutschland liegt Länderrecht zugrunde. Zunächst war geplant, den 9. November, den Tag des Mauerfalls, zum Nationalfeiertag zu erklären.



Das „Kirchliche Proseminar Naumburg“, die Schule, der ich mehr als allen anderen Ausbildungsstätten verdanke. Kohlezeichnung von Cirsten Reifenstein im A3-Format, die der Autor von ihr 1982 zum Ende seines Studieninspektorates in Naumburg geschenkt bekam.

Fernsehen übertragen wurden. In ihrer nur sechsmonatigen Legislaturperiode verabschiedete die 10. Volkskammer der DDR mehr als 150 Gesetze und fasste rund 100 Beschlüsse, darunter sehr weitreichende: die neuen Verfassungsgrundsätze der DDR, mit denen die sozialistischen Elemente der alten Verfassung eliminiert wurden; das *Gesetz zum Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der DDR und der BRD* und das *Gesetz zum Vertrag zwischen der DDR und der BRD über die Herstellung der Einheit Deutschlands*. Dieser Vertrag regelte auf rund 1.000 Seiten die Modalitäten des Beitritts der DDR zur BRD. In einer Sondersitzung am 22./23. August 1990 beschloss die 10. Volkskammer der DDR mit 294 Stimmen bei 62 Nein-Stimmen und sieben Enthaltungen den von einer übergroßen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Ost und West ersehnten Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der BRD nach Artikel 23 des Grundgesetzes zum 3. Oktober 1990 – nicht einmal elf Monate nach dem Fall der „Mauer“.

Mit diesem Akt war das Ende der Nachkriegszeit gekommen, bewirkte er doch binnen kurzem den kompletten Zerfall der für ehern gehaltenen Nachkriegsordnung – eingeschlossen wunderbare Genesungen, ja regelrechte Aufstrebungen. Freilich enthielt dieser Akt auch erhebliche Risiken und zeitigte bald viele unerwünschter Nebenwirkungen.

## 2 Steine im Getriebe des Sozialismus

„Siehe, der Lohn der Arbeiter, die sich auf eurem Land abgemüht haben, den ihr ihnen vorenthalten habt, der schreit, und das Rufen der Schnitter ist gekommen vor die Ohren des Herrn“ (Der Apostel an alle Mächtigen in Jakobus 5,4).

Das gesellschaftliche Leben in der DDR war nicht gerade reich an Höhepunkten. Die von der Partei- und Staatsführung gelegentlich mit großem Aufwand inszenierten Events interessierten und begeisterten im Grunde nur wenige. Wenn man sich schon begeisterte, dann an den Erfolgen der DDR-Sportlerinnen und Sportler, die in fast allen prominenten Disziplinen – nur nicht im Fußball – zur Weltspitze gehörten. So kam es zu einem allgemeinen Rückzug ins Private. Hier versuchte man, sich allein oder mit der Familie oder in kleinen Gruppen bestmöglich einzurichten. Die DDR-Jahre gingen dahin – eines wie das andere. Das System erstarrte mehr und mehr. Die Hoffnung auf Reformen – oder auch einfach nur auf bessere Zeiten – hatten die meisten DDR-Bürger und -Bürgerinnen längst aufgegeben.

Und doch war das Jahr 1989 anders als seine Vorgänger. Wache Geister spürten mehr als dass sie klar bemerkten, wie der Rhythmus des Althergebrachten ins Stocken geriet. So wenig die Politik in Ost und West auf den Mauerfall vorbereitet war und so sehr der Mauerfall, den ja eigentlich nur ein Versehen<sup>39</sup> ausgelöst hatte und der zunächst ja „nur“ eine Ersteigung – ein großes, jubelndes, bier- und weinseliges Happening – war, selbst die Geheimdienste überraschte,<sup>40</sup> er hatte eine Vorgeschichte. Empfindliche Seismographen registrierten in der DDR schon einige Monate zuvor leichte Erschütterungen, die man im Nachhinein als die Vorzeichen eines sich anbahnenden gewaltigen Bebens deuten konnte. Welche Erschütterungen waren das?

---

39 Der Mauerfall wurde während einer Pressekonferenz am frühen Abend des 9. November 1989 mit ein paar zögerlichen Worten von Günter Schabowski, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED, ausgelöst. Er verkündete (zu früh?) die noch nicht mit klaren Regelungen untersetzte Neuigkeit, dass alle DDR-Bürger künftig ohne Antrag in den Westen ausreisen dürfen. Auf die Nachfrage, ab wann diese Regelung denn gelte, geriet er ins Stottern, blätterte in seinen Unterlagen, die ihm jedoch nicht weiterhalfen, und brachte dann die legendären neun Worte hervor: „Das trifft ... nach meiner Kenntnis ... ist das sofort, unverzüglich!“ – Die kessen Berliner nahmen ihn beim Wort und machten sich „sofort, unverzüglich!“ in Richtung Mauer auf, wo die Grenzsoldaten keine Befehle hatten und sich daher – nach vielen überredenden Worten und sehr sanftem Druck – resignierend, ängstlich darauf einließen, die Schlagbäume zu öffnen. Sie wollten ja fast alle selber mal auf die andere Seite ...

40 In den freigegebenen BND-Dokumenten heißt es am 8. September 1989, ein großer Teil der DDR-Bevölkerung begegne dem SED-Regime loyal bzw. resignativ oder akzeptiere es zumindest. Unter dem 10. November 1989 ist zu lesen, die Maueröffnung in der Nacht zuvor müsse als bisher radikalster Schritt von Honeckers Nachfolger Egon Krenz gewertet werden. Robert Gates, damals stellvertretender CIA-Direktor, bekannte später: „Die amerikanische Regierung, einschließlich der CIA, hatte im Januar 1989 keine Ahnung, dass bald eine Flutwelle der Geschichte über uns hereinbrechen würde. Wir wurden genauso überrascht wie der Rest der Welt“.

Meines Erachtens muss hier – zusätzlich zu der mittlerweile globalen Präsenz des Fernsehens,<sup>41</sup> das in seinen Auswirkungen auf die DDR-Bevölkerung keineswegs unterschätzt werden darf – auf sechs Phänomene eingegangen werden. Vier von ihnen haben mit außenpolitischen Entwicklungen jener Jahre zu tun, zwei von ihnen sind innenpolitischer Natur. Es ist hier nicht der Ort für gründliche politische Analysen, aber so viel steht fest:

Ohne *Michail Sergejewitsch Gorbatschow*, dem seit 1985 amtierenden, damals erst 54 Jahre alten Generalsekretär des Zentralkomitees der *Kommunistischen Partei der Sowjetunion* und ohne den von ihm eingeschlagenen neuen innen- und außenpolitischen Kurs, der unter der russischen Bezeichnung „*Glasnost*“ (Offenheit) und „*Perestroika*“ (Umgestaltung) in die Geschichte eingegangen ist, wären der Fall der „*Mauer*“ und die spätere Deutsche Einheit undenkbar gewesen. Was Gorbatschow öffentlich erst am 6. Oktober 1989 im Rahmen seiner Festansprache zum 40. Jahrestag der DDR in Ost-Berlin sagte, das wird er den DDR-Funktionären bei vertraulichen Gesprächen schon vorher gesagt haben:

Die Versuche der Unifizierung und Standardisierung in den Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung – einerseits der Nachahmung, andererseits der Aufzwingung von irgendwelchen verbindlichen Mustern – gehören der Vergangenheit an. Die Palette der schöpferischen Möglichkeiten wächst, die Idee des Sozialismus an sich bekommt einen unvergleichlich reicheren Inhalt. Die Auswahl der Entwicklungsformen ist eine souveräne Angelegenheit eines jeden Volkes. Aber je größer die Vielfalt und Eigenart dieser Formen ist, desto stärker ist auch der Bedarf an Erfahrungsaustausch sowie an der Diskussion theoretischer und praktischer Probleme und natürlich am gemeinsamen Handeln. Anders ausgedrückt: Die Mannigfaltigkeit ist nicht nur kein Hindernis, sondern im Gegenteil ein weiteres gewichtiges Argument für die Entwicklung der Zusammenarbeit. Aber Fragen, die die DDR betreffen, werden nicht in Moskau, sondern in Berlin entschieden.

Schon zuvor hatte Gorbatschow die DDR-Führung mit einem russischen Satz gewarnt, der in leicht abgewandelter Form alsbald Weltruhm erlangte und in Deutschland sofort zum Sprichwort wurde: „*Wenn wir zurückbleiben, bestraft uns das Leben sofort*“. Einem Reporter vor der *Neuen Wache* in Berlin vertraute Gorbatschow damals den folgenden Satz an: „*Ich glaube, Gefahren lauern nur auf jene, die nicht auf das Leben reagieren*“. Noch deutlicher hätte der

---

41 Die Menschen in der DDR waren die einzigen im Ostblock, die dank der fast überall zu empfangenden westlichen Fernsehsender (Ausnahme: weite Teile des Bezirkes Dresden, das „Tal der Ahnungslosen“) freie Programme in ihrer Muttersprache empfangen konnten. Obwohl die DDR-Oberen dagegen angingen, wurde in fast allen DDR-Haushalten mehr Westfernsehen als Ostfernsehen geschaut. Das Westfernsehen gab sich große Mühe, die Menschen in der DDR über alle für sie relevanten Angelegenheiten als kritisches Gegenüber zur „DDR-Hofberichterstattung“ zu informieren. Märchenfilme und das allabendliche „Sandmännchen“ waren dauerhaft die einzigen Renner im DDR-Fernsehen.

große Reformen seine Sympathien für Reformen in der DDR (oder gar seine Hoffnung darauf?) nicht formulieren können.

Nachdem es in der DDR im Jahre 1953, in Ungarn im Jahre 1956 und in der Tschechoslowakei im Jahre 1968 zur gewaltsamen Niederschlagung von Volksaufständen gegen die sozialistische Un-Ordnung gekommen war, gab es im „*Sozialistischen Lager*“<sup>42</sup> erst wieder zwölf Jahre später einen Versuch, an den starren Verhältnissen etwas Grundlegendes zu ändern. Im benachbarten Polen entstand – von der DDR-Bevölkerung mit großer Spannung und teils mit Begeisterung verfolgt – im Jahre 1980 unter Führung von *Lech Wałęsa* die unabhängige Gewerkschaft „*Solidarność*“. Ein Dutzend meiner Kommilitoninnen und Kommilitonen pflegte damals intensive persönliche und schriftliche Kontakte nach Polen. Zwar wurde die immer mehr erstarkende *Solidarność* nach der Verhängung des Kriegsrechtes in Polen (1981–1983) wieder verboten, ihr Führungspersonal inhaftiert und ihr Vermögen konfisziert, aber im Untergrund arbeitete *Solidarność* – geschützt von weiten Teilen der Bevölkerung und besonders von der *Römisch-Katholischen Kirche* im Land – erfolgreich weiter. Dieser Umstand führte letztlich dazu, dass es in Polen von Februar bis April 1989 zu Verhandlungen an einem nationalen „*Runden Tisch*“ kam. Diese Verhandlungen wiederum mündeten in die ersten teilweise freien Wahlen im Ostblock am 4. Juni 1989, bei denen die *Solidarność*-Bewegung einen überragenden Erfolg erzielte. Nach Bildung der neuen Regierung am 24. August 1989 unter *Tadeusz Mazowiecki* kündete der alt-neue Staatsname „*Rzeczpospolita Polska*“ (Republik Polen) von der Absicht der nun Regierenden, einen neuen, von der Sowjetunion unabhängigen, ausschließlich demokratischen Grundsätzen verpflichteten Kurs einzuschlagen. Was im Nachbarland Polen möglich ist, müsste doch auch bei uns in der DDR möglich sein, dachten viele – und dachte auch ich, sehr ermutigt.

Der Ost-West-Konflikt war in der Zeit zwischen 1945 und 1989 zwar nicht der einzige große Konflikt auf der Welt, aber er überschattete alle anderen Konflikte. Für die Demarkationslinie, die Territorien und Interessen von Ost und West genau voneinander trennte und die es im globalen Norden genauso wie im globalen Süden gab, hatte sich ein Begriff aus dem Bereich des Theaters eingebürgert: „*Eiserner Vorhang*“. Jahrzehntlang schien dieser Vorhang unüberwindlich. Im Laufe des Jahres 1989 aber bekam er ein kleines Loch, dann ein paar kleine Löcher. Im Februar 1989 führten die Machthaber in Ungarn ein echtes Mehrparteiensystem ein und kündigten für September 1989 freie Wahlen an. Schon seit 1988 durften alle Ungarn legal ins westliche Ausland reisen. Die kostspielige Unterhaltung eines 350 Kilometer langen Sperr- und Signalsystems zu Österreich machte daher keinen

42 Zum sozialistischen Lager bzw. zum Ostblock gehörten 1989 neben den 15 Republiken der Sowjetunion folgende Staaten: Albanien (bis 1961), Bulgarien, China, die CSSR, die DDR, Kuba, Laos, die Mongolei, Nordkorea, Polen, Rumänien, Ungarn und Vietnam. Mit gewissen Einschränkungen kann man auch Jugoslawien mit seinen sechs Teilrepubliken zum sozialistischen Lager rechnen. Das Wirtschaftsbandnis der Ostblock-Staaten nannte sich „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW).

Sinn mehr. Also verzichtete man in Ungarn auf Maßnahmen zur weiteren technischen Grenzsicherung und verstärkte stattdessen die personelle Bewachung der Grenze. Der reformfreundige ungarische Minister *Imre Pozsgay* erklärte 1989 öffentlich: „Der ‚Eiserne Vorhang‘ ist historisch, politisch und technisch überholt“. Am 27. Juni 1989 durchtrennte der ungarische Außenminister Gyula Horn zusammen mit seinem österreichischen Amtskollegen Alois Mock in einer symbolischen Aktion den Stacheldraht an der Grenze zwischen dem österreichischen Klingenbach und dem ungarischen Sopron. Diese Aktion nutzten mehrere Hundert DDR-Bürger, die mehr oder weniger zufällig in der Nähe von Sopron an einem Pan-Europa-Picknick teilnahmen, zur spontanen Flucht in den Westen. In den folgenden Tagen reisten tausende, vor allem junge DDR-Bürger und -Bürgerinnen nach Ungarn. In der DDR konnten manche Züge nicht abfahren, weil die vorgesehenen Lokführer ohne Vorwarnung nicht zur Arbeit erschienen. Auf überfüllten Campingplätzen warteten die Geflüchteten auf den „Tag X“, an dem sich auch für sie der „Eiserne Vorhang“ öffnen würde. Denn noch immer brachten ungarische Sicherheitskräfte diejenigen, die an der Grenze zu Österreich mit Fluchtabsicht gefasst wurden, nach Budapest, wo sie in einem riesigen Auffanglager der „Malteser“ provisorische Unterkunft fanden. Aber ab dem 11. September 1989 – Ungarn war inzwischen der „Genfer Flüchtlingskonvention“ beigetreten – erlaubten die Behörden allen Fluchtwilligen die dokumentenfreie Ausreise nach Österreich. Ich machte in diesen Tagen zwei unterschiedliche Beobachtungen: Die Ungeduldigen, die auf Reformen in der Heimat nicht länger warten wollten, verließen die DDR in hellen Scharen. Die Geduldigen aber riefen bei den jetzt einsetzenden Massendemonstrationen nicht mehr fordernd „Wir wollen raus!“, sondern drohend „Wir bleiben hier!“. Gänsehaut-Feeling pur ...

Im Kontrast zu den Hoffnungszeichen, die im Frühjahr 1989 in der Sowjetunion und in anderen Ostblock-Staaten da und dort aufblitzten, stand das, was parallel im fernen China geschah. Auch in diesem Riesenreich, das damals zwar schon militärisch stark, aber wirtschaftlich schwach und noch längst keine Weltmacht war, regten sich Kräfte, die Veränderungen bzw. persönliche Freiheiten anstrebten. Einen Sieg dieser Kräfte mussten die „alten Gardisten“ in der allmächtigen *Kommunistischen Partei* unter allen Umständen verhindern, zumal ihr mit der von Gorbatschow regierten Sowjetunion der „große Bruder“ und zuverlässige Bündnispartner für den Notfall abhandengekommen war. Nach einem mehrmonatigen Patt zwischen den Reformkräften (in der Partei sowie vor allem unter Studentinnen und Studenten) und den Hardlinern kam es am 3./4. Juni 1989 zunächst zu einer Großdemonstration auf dem Pekinger „Tian’anmen-Platz“<sup>43</sup> und dann, als die Massen sich schon wieder weitgehend zurückgezogen hatten, zum gewaltsamen Vorgehen des Militärs gegen etwa 5.000 Studenten. Das Niederwalzen von Menschen mit

43 Der Platz, an dem so viel Gewalt ausgeübt wurde, heißt in deutscher Übersetzung kontrastierend: „Platz (am Tor) des Himmlischen Friedens“.

Panzern ging als „*Tian'anmen-Massaker*“<sup>44</sup> in die Geschichte ein. Das eigentliche Massaker und die Kämpfe am Folgetag kosteten zwischen 200 und 3.000 Zivilisten das Leben; die Angaben schwanken. Tausende Menschen kamen ins Gefängnis und emigrierten, dutzende Menschen wurden hingerichtet und verschwanden. Die Berichterstattung über die Ereignisse in China löste bei der DDR-Bevölkerung Abscheu und Entsetzen aus. Viele Militärs und auch viele Angehörige der Sicherheitskräfte in der DDR hofften damals, niemals in einer Weise wie in China gegen die eigenen Landsleute vorgehen zu müssen. Die in ihren Köpfen gespeicherten grauenhaften Bilder aus China mögen bei Offizieren, Soldaten und Sicherheitskräften eine Rolle gespielt haben, als sie bei den späteren Montagsdemonstrationen und vor allem in den Tagen rund um den 40. Geburtstag der DDR vom 6. bis 8. Oktober 1989 in Ost-Berlin und dann nochmals in der Nacht des Mauerfalls (und gelegentlich noch danach?) vor der Frage standen: Schießen wir auf das Volk oder nicht? Die „*Chinesische Lösung*“, die einige Hardliner im Herbst 1989 durchaus in Erwägung zogen, wollten sie im Grunde ihres Herzens nicht. – Übrigens brachte mich ein A3-Plakat, das ich kurz nach dem „*Tian'anmen-Massaker*“ in den Schaukasten am Pfarrhaus der *Brüdergemeine Neudietendorf* gehängt hatte, letztmals in einen Konflikt mit dem Staatssicherheitsdienst der DDR. Das Plakat zeigte einen jungen Chinesen, dessen Kopfwunde mit einem blutgetränkten Verband umwickelt war. Darunter befanden sich neun Worte, nämlich der zynische Text, den vier Tage zuvor der *Allgemeine Deutsche Nachrichtendienst*, eine von nur zwei in der DDR zugelassenen Nachrichtenagenturen, verbreitet hatte: „*ADN meldet: Die Lage in China hat sich beruhigt*“. Dem *Abschnittsbevollmächtigten*<sup>45</sup> von Neudietendorf war dieses Plakat aufgefallen bzw. er war von einem Spitzel in meiner Umgebung auf das „gefährliche Objekt“ aufmerksam gemacht worden. Der Polizist hatte sein Wissen nach Erfurt weitergegeben, was dazu führte, dass alsbald ein Stasi-Mitarbeiter bei mir im Neudietendorfer Pfarramt vorstellig wurde und mich dazu aufforderte, das Plakat umgehend aus dem Schaukasten zu entfernen. Ansonsten müsste ich mich auf Konsequenzen gefasst machen. Ich ließ das Plakat jedoch hängen, informierte pflichtgemäß meinen Bischof in Herrnhut über den Besuch des Stasi-Mitarbeiters und – es geschah nichts.

Im Laufe ihrer 40-jährigen Geschichte hatte es in der DDR immer wieder Wahlen auf den unterschiedlichen parlamentarischen Ebenen und außerdem einige Volksentscheide gegeben. Trotz gegenteiliger, aufwändiger und in

---

44 Deng Xiaoping, der damalige chinesische Parteichef, der die Anwendung von Gewalt letztlich befahl, wird in einer Botschafts-Depesche nach London mit den folgenden Worten zitiert: „Zweihundert Tote können China zwanzig Jahre Frieden bringen“.

45 Ein Abschnittsbevollmächtigter – von allen stets nur ABV genannt – war in der DDR ein einfacher Polizist der Volkspolizei, der für die polizeilichen Aufgaben in Gemeinden, Stadtbezirken oder auf bestimmten Straßenabschnitten zuständig war und daher regelmäßig Streife lief. In jedem Polizeirevier gab es je nach Bevölkerungsdichte sechs bis zwölf ABV. Die ABV wurden von ungefähr 158.000 freiwilligen, zivilen Helferinnen und Helfern der Volkspolizei unterstützt.

hohem Maße selbstlobender Propaganda wussten alle, dass diese Wahlen weder frei waren noch westlich-demokratischen Grundsätzen entsprachen. Ich bin stolz darauf, zu DDR-Zeiten an keiner einzigen Wahl teilgenommen zu haben, auch wenn Wahlhelferinnen und Wahlhelfer manchmal an meiner Wohnungstür läuteten und mich zur Wahl nötigen wollten. Ich schickte sie heim, lehnte ich doch eine Beteiligung an den Wahlen aus dreierlei Gründen ab: Zum einen erfolgte die Zusammenstellung der Listen mit den *Kandidatinnen und Kandidaten der Nationalen Front* außerordentlich intransparent. Zum anderen hatte man beim Wahlvorgang keine Auswahl zwischen Personen und Parteien, man konnte nur *für* oder *gegen* eine vorher bis ins Detail feststehende Liste stimmen. Welche Namen auf der jeweiligen Liste standen, war für die spätere Politik vollkommen egal, gehörten alle Kandidatinnen und Kandidaten doch den *Blockparteien*<sup>46</sup> an, die gezwungen waren, gemäß den Vorgaben der allmächtigen SED zu stimmen. Zum dritten wurde bei der Auszählung der Stimmen regelmäßig geschummelt. Eine Zustimmungsrate zu den Listen von mindestens 99 Prozent hatte die SED-Führung vorgeschrieben. Sie galt es unbedingt zu erreichen. Und 99 Prozent Zustimmung wurden auch immer erreicht. Aber dann standen in der DDR die Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989 vor der Tür. Bei diesen Wahlen, so sagten sich erstmals nicht nur kirchliche Bürgerrechtler und Oppositionelle – darunter 50 bis 60 Personen, die ich kannte –, sondern tausende mutige Menschen aus der gesamten Republik, lassen wir uns den althergebrachten Wahlbetrug nicht gefallen! Bei diesen Wahlen sehen wir den Mächtigen genauestens auf die Finger! Und überall in der DDR entstanden Gruppen, die am Abend des 7. Mai 1989 in die Wahllokale gingen und der amtlichen Stimmenauszählung von Anfang bis Ende beiwohnten, die eigene Strichlisten führten und die auch den Weitertransport der Stimmzettel überwachten. Oftmals wurden Menschen gewaltsam an der Wahlbeobachtung gehindert, obwohl nach Paragraph 37 Abs. 1 des Wahlgesetzes der DDR die Stimmauszählung öffentlich war. Dennoch gelang es, viele Mächtige des Wahlbetruges zu überführen. Zu sehr wichen die in den Zeitungen gemeldeten Wahlergebnisse von den eigenen Aufzeichnungen ab – eine gigantische Blamage für die DDR-Führung, die sie in weiten Teilen der Bevölkerung erstmals der Lächerlichkeit preisgab. Nach der Wende mussten sich etliche DDR-Bürgermeister wegen Wahlbetrugs vor Gericht verantworten, darunter der in der Wendezeit prominent gewordene Dresdener Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer, der zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr, ausgesetzt auf Bewährung, und zu einer Geldstrafe von 36.000 DM verurteilt wurde.

---

46 Der Begriff signalisiert nicht vorhandene Eigenständigkeit. Blockparteien stimmten in den Parlamenten fast immer „im Block“ mit der SED ab. DDR-Blockparteien waren die Christlich-Demokratische Union, die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, die National-Demokratische Partei Deutschlands sowie die Demokratische Bauernpartei Deutschlands.

Die größte Bedeutung für das rasche Nahen und letztlich Gelingen der „Wende“ hatte meines Erachtens aber der sogenannte *Konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung*. Schon 1934 – fünf Jahre vor dem Zweiten Weltkrieg! – hatte der deutsche Theologe Dietrich Bonhoeffer zu einem großen ökumenischen Konzil des Friedens aufgerufen. Wissenschaftler und Medienvertreter erkannten dann Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre den unauflöslichen Zusammenhang zwischen Frieden, Entwicklung und einer gesunden Umwelt. Auf der 6. Vollversammlung des Weltkirchenrates (ÖRK) 1983 in Vancouver war es die DDR-Delegation unter Leitung von *Heino Falcke* (siehe Seite 374), die meinte, es müsse „geprüft werden, ob die Zeit reif ist für ein allgemeines christliches Friedenskonzil“. Weil sich vor allem die Römisch-Katholische Kirche gegen die Einberufung einer Versammlung mit dem Namen „Konzil“ aussprach, einigte man sich darauf, einen *Konziliaren Prozess gegenseitiger Verpflichtung auf Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung* anzustoßen. In die breite Öffentlichkeit drang dieser Gedanke 1985 auf dem 21. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Düsseldorf, auf dem der namhafte Physiker und Philosoph *Carl Friedrich von Weizsäcker* eindringlich an die Kirchenleitungen appellierte, um des Überlebens der Menschheit willen den Konzilsgedanken zeitnah aufzugreifen, was dann auch geschah. In der



Der Aufnäher „Schwerter zu Flugscharen“ (erfunden vom sächsischen Landesjugendpfarrer Harald Bretschneider), der in Hernhut von der Firma Abraham Dürninger & Co. unter geschickter Ausnutzung einer DDR-Gesetzeslücke für die zweite Friedensdekade 1981 in einer Auflage von 100.000 Stück auf Vliesstoff gedruckt werden durfte und der für die Stärkung der jungen Friedensbewegung in der DDR größte Bedeutung erlangte. Eigentlich sollte dieses Druckerzeugnis als Lesezeichen genutzt werden, faktisch wurde es von jungen Christinnen und Christen in der DDR jahrelang - sehr öffentlichkeitswirksam - außen auf Taschen und Kleidungsstücke aufgenäht. Wer den Aufnäher trug, musste in tausenden Fällen Verhöre und andere Repressalien erdulden, wurde nicht selten von der „Erweiterten Oberschule“ verwiesen oder von Universitäten exmatrikuliert. Manche Jugendliche kamen für das Tragen des Aufnäher sogar ins Gefängnis. Stoffaufnäher, Privatbesitz des Autors

DDR rief die *Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen* (ACK) mit dem bahnbrechenden Schreiben „*Eine Hoffnung lernt gehen*“ alle Gemeinden dazu auf, sich mit Themenvorschlägen oder mit sonstigen Voten an der Vorbereitung mehrerer ökumenischer Versammlungen zu beteiligen. Und die Resonanz auf diesen Aufruf war gewaltig – innerhalb und auch außerhalb der Gemeinden. Der Aufruf öffnete sozusagen ein Ventil, durch das allgemein neue Hoffnungen, aber auch viele gute Ideen und feinsinnige Analysen aus den privaten Nischen in die Gesellschaft strömten. Jetzt, wo die Gemeinden sich in ihren landesweiten Haus- und Arbeitskreisen einmal nicht mit Taufe, Konfirmation und Abendmahl, sondern mit Gerechtigkeit, Frieden und der Bewahrung der Schöpfung befassten, hatten sie plötzlich (zum ersten Mal in der DDR-Geschichte!) beträchtlichen Zulauf auch von Menschen außerhalb der Kirche, die sich – verallgemeinernd gesagt – Sorgen um die Zukunft machten. Oft waren diese Sorgen freilich sehr konkret: Sie sorgten sich um die schrecklich verpestete Luft in der DDR und die Abbaggerung halber Landkreise zur weiteren Braunkohlengewinnung, um heimliche Waffenexporte in Dritte-Welt-Staaten und die schulische Erziehung zum Hass, um Verschwendung und Müßiggang in hunderten volkseigenen Betrieben und die Schikanie derer, die ihr Recht wahrgenommen und einen Antrag auf Übersiedlung von der DDR in die BRD gestellt hatten. Große und kleine Kirchenräume wurden hundertfach zu Orten, in denen ganz offen über die Probleme einzelner Menschen und über die Lage in der gesamten DDR geredet wurde. Über 10.000 Stellungnahmen und Vorschläge gingen bei den Kirchenleitungen ein. Diese verabredeten miteinander, eine Folge von drei *Ökumenischen Versammlungen* zu organisieren: im Februar 1988 in Dresden, im Oktober 1988 in Magdeburg und im April 1989 wieder in Dresden. Etwa 150 Delegierte aus 19 Kirchen sowie etwa 30 Beraterinnen und Berater (eigentlich: Expertinnen und Experten) waren jeweils beieinander. Eine Stecknadel hätte man fallen hören, als bei der ersten Versammlung in Dresden neun sogenannte „*Zeugnisse der Betroffenheit*“ öffentlich vorgelesen wurden. Niemals zuvor war in der DDR so öffentlich Kritik geübt worden. Zwar war die Stasi allgegenwärtig, aber die Korrespondenten und Korrespondentinnen des *Westfernsehens* eben auch – und dessen Nachrichtensendungen und Magazine (nicht die des DDR-Fernsehens!) brachten die Kunde von den sensationellen Sätzen, die in Dresden gesprochen worden waren, in nahezu jedes Haus. Bei den drei *Ökumenischen Versammlungen* wurde genau zugehört, leidenschaftlich miteinander diskutiert und anschließend filigran formuliert. Die zwölf verbindlichen Texte, die im April 1989 auf der dritten *Ökumenischen* Versammlung in Dresden nach Behandlung von 802 Abänderungsanträgen zu den Zwischenergebnissen der Vorgängerversammlung in Magdeburg schließlich von den Delegierten verabschiedet wurden, entfalteten eine ungeheure, vorher kaum geahnte Wirkung. Manche von ihnen gingen bald nahezu unverändert in die Programme der neu entstehenden Parteien ein. Alle Protagonistinnen und Protagonisten der „*Wende*“ wurden von den drei *Ökumenischen Versammlungen* maßgeblich inspi-

riert. Zum einen gilt, was die formalen Dinge anbetrifft: Ein besseres Übungsfeld für angehende Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler in Sachen Basisdemokratie als die drei *Ökumenischen Versammlungen* hätte es nicht geben können. Zum anderen gilt, was die inhaltlichen Dinge anbetrifft: Die drei *Ökumenischen Versammlungen* verliehen den DDR-Kirchen bzw. den in ihnen engagierten jungen und alten Menschen einen gewaltigen Kompetenz-Schub hinsichtlich der tatsächlichen Gestalt und der Lösungsmöglichkeit von politischen, sozialen, ökonomischen, ökologischen, militärischen und pädagogischen Problemen in der Spätphase der DDR.

### 3 Von der Nische ins Rampenlicht

„Tröstet, tröstet mein Volk! spricht euer Gott: Alle Täler sollen erhöht werden und alle Berge und Hügel sollen erniedrigt werden, und was ungleich ist, soll eben, und das Höckerige soll schlicht werden“ (Der Prophet in Jesaja 40,1+4).

Bis dahin war er nur ein paar Dutzend kirchlichen Insidern ein Begriff. Und unter normalen Umständen hätte er auch in den Folgejahren nur ein Nischendasein gefristet, obwohl er sich doch in einer Top-Lage im Herzen von Ost-Berlin befand. Nun aber sendeten Rundfunk- und Fernsehanstalten in Ost- und Westdeutschland stundenlang live aus ihm. Und für eine halbe Minute flimmerte er selbst in den Nachrichtensendungen in Asien und Amerika über die Bildschirme. Die Rede ist vom Kirchensaal der *Brüdergemeinde Berlin-Mitte*, einem von elf Sälen der „*Herrnhuter Brüdergemeinde*“ in der DDR, der erst vor kurzem in dem mit Devisen neu erbauten *Dietrich-Bonhoeffer-Haus* (heute *Dietrich-Bonhoeffer-Hotel*) in der Ziegelstraße / Ecke Kalkscheunenstraße untergekommen war und der – wie alle Kirchensäle der Brüdergemeinde in Europa – in schmucklosem, aber freundlichem Weiß erstrahlte. Hier tagte in einer besonders für die alten Eliten kaum zu ertragenden, letztlich aber hilfreichen Enge vom 7. Dezember 1989 bis zu seiner Verlegung in einen größeren Saal in Berlin-Niederschönhausen am 27. Dezember 1989 der „*Zentrale Runde Tisch*“<sup>47</sup>) der DDR. Dieser war – auf Drängen vor allem der Bürgerrechtsbewegung – nach dem Vorbild des *Runden Tisches* in Polen eingerichtet worden, an dem Regierende, Oppositionelle und Kirchenvertreter ein paar Monate zuvor mit Erfolg zusammengesessen hatten. Dem *Zentralen Runden Tisch* der DDR folgten unzählige kleinere, aber nicht weniger bedeutungsvolle *Runde Tische* auf allen parlamentarischen und administrativen Ebenen: von den 14 Bezirken der DDR über die selbständige politische Einheit Ost-Berlin bis

---

47 Runde Tische waren selten wirklich rund. Die Sitzordnung ist symbolisch gemeint und deutet das Fehlen von Hierarchien an. Zu einem ersten Runden Tisch soll um das Jahr 500 nach Christus – in der Zeit der Völkerwanderung – König Artus eingeladen haben. Sein angeblicher, überaus prächtiger runder Tisch ist in der „Großen Halle“ von Winchester Castle zu sehen.

zu den *Räten der Gemeinden*, von den großen Massenorganisationen über das Militär bis zu kleinen Sportverbänden auf den Dörfern.

An den tausenden *Runden Tischen* – moderiert fast immer von katholischen Priestern, evangelischen Pfarrerinnen und Pfarrern sowie Mitgliedern der Synodalpräsidien – lernten die Vertreterinnen und Vertreter der alten DDR-Nomenklatura, die es gewohnt waren, konsequent und ohne Widerspruch von oben nach unten zu regieren und dabei nicht einmal besonders klug sein mussten, dass alle Macht in Wahrheit von unten kommt und dass in einem parlamentarischen Dialog alle Beteiligten dieselben Rechte besitzen. Dass Rundfunk- und Fernsehanstalten aus Europa und der ganzen Welt die langen, aber stets spannenden Debatten am *Zentralen Runden Tisch* in Berlin live verfolgten und sie damit – zumindest am Anfang – in jedes Wohnzimmer der DDR trugen, zwang die Redenden, die manchmal auch Eifernde waren, zu Fairness und Disziplin, man stand schließlich unter genauester Beobachtung des eigentlichen Souveräns, des Volkes. Und dessen Erwartungen waren hoch – zu hoch, wie sich im Nachhinein herausstellte. Welches Gremium kann schon alle Wünsche erfüllen?

Folgendes muss – zu meinem Leidwesen – freilich auch erwähnt werden: Millionen DDR-Bürgern und -Bürgerinnen ging die Begeisterung für das parlamentarische Ringen um Kompromisse schon nach dem vierten *Zentralen Runden Tisch* wieder verloren. Wer lebenslang nur Befehle empfängt, die zu hinterfragen streng verboten ist, tut sich naturgemäß schwer mit den Gesetzmäßigkeiten der Demokratie. Was in Wirklichkeit ein zwar zeitaufwändiges, aber eben doch unverzichtbares Suchen nach dem besten Weg aus einer schwierigen, bisher einmaligen Situation war, das erschien vielen bald nur noch als nerviges Gequatsche. Und dennoch: Die *Runden Tische*, die große Leute klein machten und kleine Leute zu beträchtlicher Größe erhoben und dabei so manches politische Talent zu Tage förderten, das es später noch weit bringen sollte, waren eine exzellente demokratische Lernerfahrung, deren Wert kaum überschätzt werden kann. Von Zeit zu Zeit wurde in der jüngeren Vergangenheit der Ruf nach *Runden Tischen* zum Finden angemessenen Problemlösung wieder lauter.

Dass die Wendejahre mir ein permanentes mediales Wiedersehen mit Freunden, Freundinnen und alten Bekannten aus der Vorwendezeit bescheren, erwähnte ich bereits früher. Zu echten Wiederbegegnungen von Angesicht zu Angesicht, bei denen man die Fülle der neu gewonnenen Erkenntnisse und die zahllosen neu gemachten Erfahrungen zum gegenseitigen Vorteil hätte austauschen können, kam es leider viel zu selten. Zu groß war die Arbeitsbelastung aller, zu sehr waren alle mit Umzügen und Umorientierungen beschäftigt. Hinzu kamen Familiengründungen und die endlich möglichen Reisen in nahe und ferne Länder, die einem in der jetzt massenhaft zugestellten Werbung als ganz reale Traumziele begegneten und die doch vor kurzem lediglich fiktive Ziele in süßen Träumen – oder aber im Suff – gewesen waren.

*David Gill*, den späteren Juristen und Oberkirchenrat, den Stellvertreter des *Bevollmächtigten des Rates der EKD bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union*, den beamteten Staatssekretär und Leiter des Bundespräsidialamtes (und damit Kabinettsmitglied), lernte ich schon in den 1970er Jahren nach dessen Umzug in meine Heimatstadt Herrnhut kennen. Keiner im kirchlichen Kinderkreis lauschte meinen Gruselgeschichten lustvoller als er. Im Januar 1990 wählte man ihn aufgrund seiner Verdienste um den friedlichen Ausgang des Sturmes wütender Volksmassen auf die Zentrale des MfS in der Normannenstraße in Berlin-Lichtenberg zum Vorsitzenden des Bürgerkomitees zur Auflösung dieser Zentrale. Beim Aufbau der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen wurde er enger Mitarbeiter von *Jochim Gauck* und bald dessen Pressesprecher. Bis heute sitze ich im Herrnhuter Kirchensaal manchmal neben ihm, der heute als hoher deutscher Diplomat in Manhattan, New York, lebt.

Den prominenten Ostberliner Rechtsanwälten *Wolfgang Vogel* (verschwiegener, ausgezeichnet vernetzter DDR-Unterhändler beim Häftlingsfreikauf), *Gregor Gysi* (Politstar der Linken) und *Lothar de Maizière* (demokratisch gewählter letzter DDR-Ministerpräsident), die sich immer wieder bereitfanden, DDR-Oppositionelle und Wehrdienst-Totalverweigerer vor Gerichten zu verteidigen, begegnete ich ab 1985 in der Geschäftsstelle des *Bundes der Evangelischen Kirchen* der DDR in der Auguststraße 80 in Berlin im Zusammenhang mit meiner nebenamtlichen Tätigkeit als „*Wehrdienstbeauftragter der Evangelischen Brüder-Unität*“. *Bärbel Bohley*, die in der DDR viel hatte leiden müssen und die am 9. September 1989 als Erste zur Gründung der Bürgerrechtsbewegung *Neues Forum* aufrief, war die Schwägerin meines Rektors und nachmaligen Kollegen in Naumburg, *Reiner Bohley*. *Manfred Stolpe*, den ersten Ministerpräsidenten des Bundeslandes Brandenburg, kannte ich von mehreren Begegnungen während meines Theologiestudiums. *Susanne Seils*, Gründungsmitglied der *Sozialdemokratischen Partei der DDR* (SDP, später SPD) und Mitglied der 10. Volkskammer der DDR, gehörte dem Naumburger Kinderchor an, in dem ich während meiner Ausbildung am *Kirchlichen Proseminar Naumburg* als Sprecher mitwirkte. Später sang ich mit ihr in der 80 Personen umfassenden *Naumburger Domkantorei*; ihr Vater *Martin Seils* war mein Dozent für Kirchengeschichte, bei dem ich gelegentlich zu Hause einkehrte. Mit *Regine Hildebrandt*, Mitglied im Bundesvorstand der SPD, beliebte weil volksnahe Sozialministerin in dem letzten DDR-Kabinett und später ebenso beliebte Sozialministerin in Brandenburg, sang ich Ende der 1970er Jahre in der exzellent musizierenden *Berliner Domkantorei* und trank nach deren Konzerten in der Wohnung ihres Schwagers, des Chorleiters *Herbert Hildebrandt*, ein Bier oder einen Wein.

Fast alle meiner theologischen Lehrer – theologische Lehrerinnen gab es damals so gut wie keine – haben die politische Wende in Deutschland aktiv mitgestaltet, manche an vorderster Front und damit in großer Öffentlichkeit, manche eher im Hintergrund in „kirchlichen Denkfabriken“ bzw. in Arbeitskreisen, die es zum damaligen Zeitpunkt von der Gemeindeebene bis zur

Ebene des *Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR* sowie an zahlreichen kirchlichen Ausbildungsstätten flächendeckend im Lande gab. Das in diesen „Denkfabriken“ und Arbeitskreisen von Kirchenmitgliedern und Hinzugekommenen allmählich erworbene Wissen stellte ein Pfund dar, mit dem trotz aller restriktiven und konspirativen Maßnahmen des SED-Staates mehr und mehr gewuchert werden konnte. Nicht nur die großen Stars, auch die „Stillen im Lande“, die unermüdlich Netzwerke innerhalb der DDR sowie über Ländergrenzen hinweg neu knüpften und pflegten, die emsig Daten und Fakten über Missstände und Rechtsbrüche in der DDR zusammentrugen, die Bespitzelte und Verfolgte klug berieten, verlässlich schützten und immer wieder neu ermutigten, die unter Inkaufnahme erheblicher persönlicher Risiken westliche Literatur, westliche Technik sowie westliches Baumaterial in die DDR schmuggelten, leisteten der Bürgerrechtsbewegung in der DDR unschätzbare Dienste. Nur einige wenige Prominente unter meinen theologischen Lehrern kann ich an dieser Stelle – in alphabetischer Reihenfolge – namentlich würdigen:

Reiner Bohley, meinem Rektor und Geschichtslehrer am *Kirchlichen Proseminar Naumburg*, verdanke ich die Struktur meines Denkens. Obwohl er jung starb, kann er zu den wichtigen Friedensethikern und Netzwerkern der DDR gerechnet werden. *Wolf Krötke*, mein Dogmatik-Dozent und häufiger Tischtennis-Gegner, wurde erster Dekan der nach der „Wende“ neu gegründeten Theologischen Fakultät der *Humboldt-Universität zu Berlin*. *Axel Noack*, Kirchenhistoriker, war ein großer Förderer der *Runden Tische* und Mitglied im Stasi-Überprüfungsausschuss; später machte man ihn zum Bischof. *Edelbert Richter*, mein Studentenpfarrer in Naumburg, Dogmatik- und Philosophie-Dozent, war einer der Vordenker der kirchlichen Friedens- und Umweltbewegung in der DDR. Er gehörte zu den Gründungsmitgliedern des *Demokratischen Aufbruchs*, trat später in die SPD ein und wurde in deren Grundwertekommission gewählt. Außerdem war er Mitglied der letzten DDR-Volkskammer und langjähriges Mitglied des Bundestages. *Richard Schröder*, mein Philosophie- und Dogmatik-Dozent, wurde nach seinem Eintritt in die SDP (später Ost-SPD) deren Fraktionsvorsitzender in der letzten DDR-Volkskammer. Später war er Mitglied des Bundestages, der SPD-Grundwertekommission und des Beirats beim Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. *Ulrich Schröter*, mein Hebräisch-Lehrer, initiierte und moderierte lange die wichtigen Gespräche zwischen Stasi-Tätern und Stasi-Opfern – ein meist stiller Beitrag zum Gelingen der Wende. Solche Gespräche besitzen bis heute leider großen Seltenheitswert. *Wolfgang Ullmann*, mein Kirchengeschichts-Dozent, begeisterte als tiefgründiger Denker und allwissender Historiker. Er gehörte zu den Mitgründern und war maßgeblicher Ideengeber der Bürgerbewegung *Demokratie jetzt*, er nahm am *Zentralen Runden Tisch* der DDR teil, wurde zum Minister ohne Geschäftsbereich im letzten DDR-Kabinetten berufen und amtierte als Vizepräsident der letzten DDR-Volkskammer. In den Wohnungen von *Wolfgang Ullmann*, *Wolf Krötke* und *Ulrich Schröter* ging ich ein und aus. Weil *Esther-Marie*, die ältere Tochter von *Wolfgang Ullmann*, nur einen



Der Autor 1978 bei einem Ausflug der Studierenden am Berliner Sprachenkonvikt in den Spreewald; vorn Markus Meckel (links) und Martin Gutzeit; Fotografie, Privatbesitz des Autors

Tag nach mir geboren worden war und wir quasi gemeinsam Geburtstag hatten, feierten wir diesen manchmal im Duett. *Jakob*, der Sohn von *Wolfgang Ullmann*, absolvierte im Rahmen seines Musikstudiums ein Praktikum in meiner Heimatgemeinde *Herrnhut*, bei dem er der guten alten (überraschten!) Orgel erstmals auch ganz moderne „schiefe“ Klänge entlockte, was ihm zwar einige große Fans, aber auch heftige Kritik bescherte. Manche Musikfachleute in *Herrnhut* reden bis heute von diesem Ullmann-Vierteljahr.

Alle die nachfolgend genannten, die „Wende“ herbeiarbeitenden Polit-Aktivistinnen saßen in Ost-Berlin und Naumburg neben mir bei theologischen Vorlesungen, Übungen und Seminaren, arbeiteten mit mir in Studentenvertretungen, spielten mit mir Tischtennis, Fußball und Theater, unternahmen mit mir jährlich einen Seminarausflug und tranken abends mit mir Bier. Ich kann sie, alle schon in der Vorwendezeit und dann erst recht in den Wende-Jahren mutige, streitlustige und doch konstruktive Bürgerrechtler und einige lange politisch aktiv (manche sind sie es noch heute!), Freunde oder zumindest „Geistes-Freunde“ nennen – durchweg echte Unikate, denen man nicht immer zustimmen konnte und musste, die einem aber stets wichtige Impulse vermittelten. Ich nenne sie wieder in alphabetischer Reihenfolge.

*Christoph Dieckmann*, von Anfang an ein Sprach-Genie und Hobby-Sportreporter wie ich, wurde zum beliebten *ZEIT*-Journalisten. Kaum jemand kann für sich beanspruchen, ein so geschichtenreicher, kritisch-fairer Chronist der DDR zu sein wie er. *Joachim Goertz* schloss sich früh der *Kirche von unten* an und war Mitgründer des in der Vorwendezeit außerordentlich wichtigen oppositionellen *Arbeitskreises Solidarische Kirche* in der DDR. Auch *Martin König* gehörte zu den Mitgründern dieses Arbeitskreises. Später war er ein aktives Mitglied in der Bürgerbewegung *Demokratie jetzt*. Und schließlich *Markus Meckel*, Proseminarist in Potsdam-Hermannswerder, Sohn eines Berliner Pfarrers und Missionsdirektors, mit dem schon mein Vater gelegentlich zusammengearbeitet hatte, einer der führenden Oppositionellen in der DDR: Er gab den Anstoß zur Gründung der *Sozialdemokratischen Partei der DDR* (SDP), wurde Geschäftsführer der Ost-SPD, Mitglied der letzten DDR-

Volkskammer und letzter Außenminister der DDR. Mit *Hans-Dietrich Genscher* war er bei den sogenannten „Zwei-plus-vier-Gesprächen“ dabei, die ausgewählte Persönlichkeiten aus der DDR und der BRD mit den vier Siegermächten des Zweiten Weltkrieges führten. Knapp 20 Jahre war er Mitglied des Bundestages.

Meine drei Abitur- und fünfeinhalb Studienjahre in Naumburg und Berlin sowie die Monate meines Studieninspektorates am *Kirchlichen Proseminar Naumburg* gingen 1983 zu Ende, zu einem Zeitpunkt also, als die „Wende“ noch fern und lediglich eine Halbzeit-Station beim Marathon war. Dennoch deutete sich schon damals an, dass einige meiner Kommilitoninnen und Kommilitonen zu politischen Talenten heranreifen würden: *Christian Dietrich* wurde zum Mitgründer des schon erwähnten oppositionellen *Arbeitskreises Solidarische Kirche*, war beim Aufbau des *Neuen Forums* dabei und hatte später das Amt des Geschäftsführers des *Demokratischen Aufbruchs* inne. Sein großes Thema war und ist die Aufarbeitung des in der DDR begangenen Unrechts. *Martin Gutzzeit* verfasste den Initiativ-Aufruf zur Gründung der SDP (später Ost-SPD). Als Vorstandsmitglied der Ost-SPD saß er am *Zentralen Runden Tisch der DDR*. Er gehörte dem Präsidium der letzten DDR-Volkskammer an, später dem Bundestag sowie der Enquete-Kommission des Bundestages



Der Autor (ganz hinten) als Studieninspektor am Kirchlichen Proseminar bei einem Schülerausflug 1982 auf der Saale bei Naumburg; vorn rechts Christian Dietrich; Fotografie, Privatbesitz des Autors

„Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur“ an. *Stephan Hilsberg* war Gründungsmitglied der SDP (später Ost-SPD) und deren erster Sprecher, später deren Geschäftsführer. Er wurde in die letzte DDR-Volkskammer gewählt und gehörte lange dem Bundestag an. *Dorothea Sophie Höck* war Mitgründerin des *Arbeitskreises Solidarische Kirche* und schloss sich später der Bürgerbewegung *Demokratie jetzt* an. Sie und ich durften 1981 als Vorsitzende der Studentenvertretung im weltberühmten Naumburger Dom den westdeutschen Physiker, Philosophen und Friedensforscher Carl Friedrich von Weizsäcker begrüßen. *Ulrich Kasparick* hatte mit mir zusammen das *Kirchliche Proseminar Naumburg* besucht, mit mir in verschiedenen Chören gesungen und war nach seinem Theologiestudium zum Stadtjugend- und damit Studentenfarrer nach Jena berufen worden, wo er jahrelang an der Formung der jungen Opposition in der DDR beteiligt war und die lokale „Wende“ maßgeblich mitgestaltete. Früh trat er in die SDP (später Ost-SPD) ein und arbeitete im Parteivorstand mit. Nach der „Wende“ übernahm er die Geschäftsführung des *Vereins für politische Bildung und soziale Demokratie* (Vorläufer der „*Friedrich-Ebert-Stiftung*“ in den ostdeutschen Ländern). Später leitete er das Landesbüro Sachsen-Anhalt der „*Friedrich-Ebert-Stiftung*“. Anschließend gehörte er zwei Legislaturperioden lang dem Deutschen Bundestag an. Zusätzlich war er zunächst Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, später Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. *Ulrich Kasparick* verdanke ich einen Besuch in der Kantine für Bundestagsabgeordnete und eine Führung durch Bereiche des Berliner Reichstagsgebäudes, in die man als Tourist nicht hineinkommt. *Thomas Krüger* engagierte sich zunächst für das *Neue Forum* und war dann Mitgründer der SDP (später Ost-SPD), weiterhin Mitglied der letzten DDR-Volkskammer und Mitglied des Bundestages. Er ging in die Geschichte ein als der letzte Oberbürgermeister von Ost-Berlin. Danach gehörte er wiederholt dem Senat von Berlin an. *Michael Möller* sollte der letzte DDR-Botschafter in den USA werden; das BRD-Außenministerium verhinderte jedoch letztlich seine Entsendung, weil es diese für unnützlich hielt. *Arndt Noack* war Mitgründer der SDP (später Ost-SPD) und formulierte maßgeblich deren Programm. *Christian Sachse* kämpfte gegen die Militarisierung des Alltags in der DDR, arbeitete zu den Themen Frieden, Umwelt und Menschenrechte und war Mitgründer des oppositionellen *Arbeitskreises Solidarische Kirche*. *Thomas A. Seidel* war Mitglied im *Arbeitskreis Solidarische Kirche* und darüber hinaus aktiv im *Neuen Forum*. *Ulrich Stockmann* trat in die Ost-SPD ein und gehörte als stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender der letzten DDR-Volkskammer an. Zunächst wurde er in den Bundestag, später in das Europäische Parlament gewählt. *Lothar Tautz* verfügte über Kontakte zur oppositionellen „Charta 77“ in der ČSSR, war sehr aktiv in der Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsbewegung der DDR, Mitgründer des *Arbeitskreises Solidarische Kirche* und SPD-Mitglied, weiterhin Mitglied in der Enquete-Kommission des Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-

*Diktatur*“. Esther-Marie Ullmann-Goertz war ebenfalls Mitgründerin des „Arbeitskreises Solidarische Kirche“ und trug schon immer die europäische Verständigung – speziell die mit Osteuropa – auf dem Herzen.

Der vielfach ausgezeichnete Berliner Schriftsteller *Christoph Hein*, ein großer literarischer Chronist der DDR, war zwar kein Kommilitone von mir, ich begegnete ihm aber im Hause seines Vaters *Günther Hein*, der ganz in meiner Nähe wohnte und mit meinem Vater befreundet war. Christoph Hein hatte bei der legendären Großkundgebung am 4. November 1989 auf dem Berliner Alexanderplatz, die humorig als die „*Beerdigungsfeier der DDR*“ bezeichnet wird und eine halbe Million Menschen zusammenführte, als einer der Hauptredner – auf einem Lastwagen stehend – eine kurze, aber große Rede gehalten.

Auch noch anderen in der Kirche beheimateten Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtlern bzw. Oppositionellen bin ich in jenen Jahren mehrmals persönlich begegnet. Genannt seien hier nur *Harald Bretschneider* (Gründer mehrerer Friedensgruppen; „Erfinder“ des in Herrnhut gedruckten Aufnähers „*Schwerter zu Pflugscharen*“; der die Oppositionsbewegung in der DDR sichtbar stärkte; leidenschaftlicher und kluger Kämpfer gegen die zunehmende Militarisierung des DDR-Alltages), *Heino Falcke* (großer Denker und Mahner der DDR-Kirchen; Friedensethiker; einer der wenigen Kirchenführer, die sehr offen Kritik an der DDR-Führung übten; in jungen Jahren in Gnadau ein Stück weit durch die Brüdergemeinde geprägt, Vater einer meiner Schülerinnen), *Katrin Göring-Eckardt* (Mitgründerin des *Demokratischen Aufbruchs*, dann Wechsel zur Bürgerbewegung *Demokratie jetzt*; beteiligt an den Fusionsverhandlungen zwischen den Parteien *Bündnis 90* und *Die Grünen*; langjähriges Mitglied des Bundestages und Bundestagsvizepräsidentin; Fraktionsvorsitzende von „*Bündnis 90/Die Grünen*“: Bei ihrer Hochzeit mit Michael Göring,



Der Autor mit Dorothea Sophie Höck im Naumburger Dom als Senior und Seniora der Studierenden des Katechetischen Oberseminars 1981 bei der Begrüßung von Carl Friedrich von Weizsäcker; Fotografie, Privatbesitz des Autors

Pfarrer in *Ingersleben*, dem Nachbardorf von *Neudietendorf*, war ich zugegen), *Thomas Küttler* (Vermittler bei der ersten freien Massendemonstration in der DDR am 7. Oktober 1989 in *Plauen* noch vor den machtvollen Leipziger „*Montagsdemonstrationen*“; Vater einer meiner Schülerinnen), *Hans-Michael Passauer* (aktiv in der kirchlichen Friedensbewegung und in der *Offenen Arbeit*; maßgeblicher Opponent gegen die Manipulation der Kommunalwahlergebnisse in der DDR vom 7. Mai 1989; Mitglied der Enquete-Kommission des Bundestags „*Anfarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland*“) und *Walter Schilling* (Organisator und Repräsentant der *Kirche von unten*; Beschützer und Ermutiger von jungen Oppositionellen; Experte bei der Suche nach kirchlichen Mitarbeitenden, die für das MfS gearbeitet hatten; wahrscheinlich der allererste wirkliche Oppositionelle in den DDR-Kirchen, der schon sehr früh kritische Geister um sich sammelte und ihnen Raum, Gehör und Stimme gab).

Alle in diesem Kapitel erwähnten Personen verstanden sich übrigens nicht als Feinde der DDR, sondern als deren Freunde und Freundinnen. Sie wollten das Leben in der DDR schöner, lebenswerter, gerechter, bunter machen. Als Feinde der DDR wurden sie nur von den Staats- und Parteifunktionären – und natürlich vom MfS – betrachtet. Alle hätten sie, wenn sie nur gewollt hätten, die DDR problemlos verlassen können. Manchen von ihnen haben die DDR-Staatsorgane das Verlassen der Republik nahegelegt, sie sogar regelrecht dazu aufgefordert. Ja, auch das gab es. Dass andere Oppositionelle immer wieder auf unterschiedliche Weise aus der DDR flüchteten bzw. sich ausbürgern ließen (besser: sich als Personen, die nicht im selben Maße wie sie den Schutz der Kirchen genossen, notgedrungen ausbürgern lassen mussten), tat ihnen weh. Jeden einzelnen „Abgang“ empfanden sie als schweren Verlust. Studiert man die Biographien der Väter und der Mütter der oben genannten Oppositionellen, Bürgerrechtler und Bürgerrechtlerinnen, dann fällt auf, dass diese vielfach gar nicht aus der DDR stammten, sondern erst in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bewusst in die DDR übersiedelten, um den Menschen in der DDR zu helfen und die Kirchen in der DDR zu stärken. Es ist schwer vorstellbar, eine *Kirchengeschichte der DDR* zu schreiben, ohne auf diese jahrelange West-Ost-Gegenbewegung einzugehen und sie zu würdigen.

## Literaturhinweise

Zum nichtstaatlichen Bildungswesen in der DDR inkl. Statistiken:

Uwe Grelak/Peer Pasternack, *Konfessionelles Bildungswesen in der DDR – Elementarbereich, schulische und nebenschulische Bildung* (2017), 106 Seiten. [https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/ab\\_104.pdf](https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/ab_104.pdf).

Zum „Kirchlichen Proseminar Naumburg“:

Raimund Hoenen, *Das Kirchliche Proseminar in Naumburg/Saale*, in: *Saale-Unstrut-Jahrbuch 14* (2009), S. 107–112.

Raimund Hoenen, Von Schulen, die keine sein durften. Die kirchlichen Proseminare in der DDR, in: Christian Gramzow/Heide Liebold/Martin Sander-Gaiser (Hrsg.), Lernen wäre eine schöne Alternative. Religionsunterricht in theologischer und erziehungswissenschaftlicher Verantwortung, Leipzig 2008, S. 333–350.

Zum „Sprachenkonvikt der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg“:  
 Wolf Krötke, Erinnerungen an das „Sprachenkonvikt“ – Perspektiven für die Zukunft (2017), 11 Seiten. <https://docplayer.org/65073806-Erinnerungen-an-das-sprachenkonvikt-perspektiven-fuer-die-zukunft.html>.

Wolf Krötke, Das Profil des Berliner Sprachenkonvikts für die selbständige Theologenausbildung in der DDR (2009), 17 Seiten. [https://www.theologischeskonvikt.de/fileadmin/ekbo/mandant/theologischeskonvikt.de/netblast/My\\_files/Kr\\_otke-Profil\\_des\\_Berliner\\_Sprachenkonvikts.pdf](https://www.theologischeskonvikt.de/fileadmin/ekbo/mandant/theologischeskonvikt.de/netblast/My_files/Kr_otke-Profil_des_Berliner_Sprachenkonvikts.pdf).

Zum „Katechetischen Oberseminar Naumburg“:  
 Im Schatten des Domes, Theologische Ausbildung in Naumburg 1949–1993. Hrsg. von Ulrich Schröter und Harald Schultze (2012), 127 Seiten. <https://www.naumburger-tageblatt.de/publikation-im-schatten-des-domes-6957860> (Online nur die Kurzfassung).

### **Andreas Tasche, David's Pebbles: The Peaceful Revolution in the GDR**

Thirty years ago thousands of protestant and catholic clergy and free-church ministers, but also lay members of church councils and church staff, were drawn into preparing for and shaping the peaceful revolution in the German Democratic Republic (GDR). Without their courageous engagement, at parish, district and regional levels and right up to that of the state, the peaceful revolution, often also referred to as the '*Wende*' (turnaround), is unthinkable. Even though after 1990 most of these church people did not seek election in the re-united Germany, almost all of them were involved in applying their various gifts to the construction, in the territory of the five new federal states, of a state characterized by democracy, subsidiarity and the rule of law. In his youth Andreas Tasche had the privilege of knowing several dozen people, some of them even as friends, who in the years of the 'turnaround' gained national popularity. His essay, which encompasses two further chapters not included here, describes a tiny part of the turbulent, exciting events of those years, which involved intensive work. For those born since 1989, those who did not know this other German state, which collapsed forty years after its inception, and those who were either not interested in it or have already forgotten it, the article seeks to offer some explanation of the GDR.